

informiert



Verband der Lehrer Hessen

Mitteilungsblatt für hessische Lehrkräfte

Aus dem Inhalt:

Nachlese vom Bildungsgipfel

Gutachten und Klage gegen hessisches Besoldungsdiktat

Finnlands Pisa-Wunder entpuppt sich als Irrtum

4/15
Oktober

Inhalt

Vorwort	3
VDL Hessen zur Lehrerbedarfsplanung in der aktuellen Flüchtlingskrise	4
DL zur Schulpflicht für Flüchtlingskinder.....	5
HKM: 120 neue „Deutsch als Fremd- oder als Zweitsprache“-Lehrkräfte	5
Schulen sollen traumatisierten Flüchtlingskindern helfen	6
Wieso gibt es plötzlich so viele Flüchtlinge?	7
Stellenumlenkungen im Bereich Grundschule und Oberstufe	8
Nachlese vom Bildungsgipfel	10
Ausweitung des Pakts für den Nachmittag im Schuljahr 2016/17	11
Lehrerbedarf – Prognosen	12
Alexander Lorz verteidigt geplante Stundenkürzungen	13
Hessische Landesregierung gibt Vorschläge des Bildungsgipfels nicht verloren	14
Interview: „Elternwunsch nicht aufheben“ – Spannungsfeld Abitur	15
Gutachten und Klage gegen Hessisches Besoldungsdiktat in Auftrag gegeben.....	16
DL zur Studie der Bertelsmann Stiftung „Inklusion ist kein Selbstzweck“	16
Schwäbisches Himmelfahrtskommando.....	17
Debatte entbrannt: Schwesig fordert späteren Unterrichtsbeginn – Lehrerverbände uneins.....	19
Finnlands Pisa-Wunder entpuppt sich als Irrtum	20
Funktionstätigkeiten bei in Teilzeit beschäftigten Lehrern.....	23
Beitrittserklärung	24

Umschlagbild: Aus einem Kurs „Deutsch als Zweitsprache“

In eigener Sache

Liebe VDL-Mitglieder, sollten sich bei Ihnen Veränderungen ergeben haben, wie z. B. neue Anschrift, neue Schule, Namensänderung wegen Heirat, Kontoänderung, Änderung des Dienstverhältnisses (volle Stelle, halbe Stelle, sonstige Teilzeitbeschäftigung), so teilen Sie uns das bitte umgehend mit, und zwar an Manfred Timpe, Kobbachstraße 41, 60433 Frankfurt, Tel.: 0 69/52 83 04, Fax: 0 69/50 69 93 00, E-Mail: manfredtimpe@gmx.de.

Vielen Dank!

Impressum

VDL informiert wird herausgegeben vom
Verband der Lehrer Hessen

Die Schriftleitung behält sich das Recht vor, unverlangt zugesandte Beiträge zu kürzen oder abzulehnen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Landesvorsitzender:

Jörg Leinberger
Vorsitzender des VDL Hessen
Mainstraße 24
63329 Egelsbach
E-Mail: j.leinberger@web.de

Chefredakteur und Anzeigenverwaltung:

Markus Kaden
Beethovenstraße 7
63179 Obertshausen
Telefon: (0 61 04) 9 48 87 00
E-Mail: markus.kaden@gmx.net

Ständiger Mitarbeiter:

Heinz Klein
Pfungstbornstraße 27
61440 Oberursel
Telefon: (0 61 71) 7 41 26
E-Mail: heinzklein63@aol.com

Geschäftsstelle:

Kobbachstraße 41
60433 Frankfurt am Main
Telefon: (0 69) 52 83 04
E-Mail: manfredtimpe@gmx.de
Internet:
www.vdl-hessen-lehrer.de

Druck:

Druckerei Chmielorz GmbH
Ostring 13
65205 Wiesbaden



**Redaktionsschluss für
Nr. 5/2015 ist der 13. 11. 2015**

Liebe Kolleginnen und Kollegen!



Markus Kaden

Wir hoffen, Sie hatten angenehme Sommerferien und die ersten Wochen des neuen Schuljahres sind für Sie zufriedenstellend verlaufen. In der letzten Zeit ist es in Hessen um die Bildungspolitik etwas ruhig geworden. Freilich abgesehen von der reinen Showveranstaltung namens Bildungsgipfel und der Tatsache, dass die üblichen Verdächtigen in einschlägiger Manier auf sich und ihren Simulationen einer besseren und gerechteren Schule für alle aufmerksam machten. Doch jetzt kommt es Schlag auf Schlag und es ist natürlich überflüssig zu erwähnen, dass dabei nicht unbedingt nur Gutes herauskommt:

So startet zum einen das Praxissemester, zunächst noch als Pilotversuch an drei hessischen Universitäten. An der Universität Frankfurt für das Lehramt an Gymnasien, in Gießen für die Förderschulen und in Kassel für Grund-, Haupt- und Realschulen. Die herkömmlichen Blockpraktika werden durch ein sich über ein ganze Semester erstreckendes Praktikum ersetzt, das wie bislang auch üblich in der Regel durch einen Kollegen als Mentor mitbetreut wird. Der tiefere Sinn des Ganzen wird mit einem stärkeren Praxisbezug begründet. Dies ist prinzipiell durchaus loblich, haperte es gerade in der ersten Phase der Lehrerausbildung doch zuvörderst daran. Sicherlich ist

ein halbes Jahr ein wesentlich besserer Zeitraum, angehende Lehrer mit ihrer zukünftigen Arbeit vertraut zu machen und sie in ihrem Berufswunsch zu stärken oder in einigen Fällen eben gerade auch nicht, als läppische zweimal fünf Wochen. Allerdings drängt sich ein Verdacht geradezu auf: Generation Praktikum nun auch bei Lehrern. Wir werden die Entwicklung jedenfalls kritisch begleiten.

Der zweite große neue Brocken kommt ebenfalls als Modellprojekt daher, nämlich der Pakt für den Nachmittag. Der Redlichkeit halber hätte man ihn eher als Pakt mit dem Rotstift bezeichnen sollen. Wie berichtet, werden ab diesem Schuljahr in sechs Regionen an etwa 60 Grundschulen Betreuungsangebote von 7.30 bis 17 Uhr eingerichtet. Da Bildung bekanntlich nichts kosten darf, wird der zusätzliche Personalbedarf in Wesentlichen durch „Stellenumlenkungen“ generiert. Leidtragende sind die Oberstufen, die manche Leistungskurse wohl werden streichen müssen und die Grundschulen selbst. Was vorne reinkommt, geht hinten wieder raus. Schlechte Ware als Fortschritt zu verkaufen, das kann wohl nur den Gehirnen von Kaffeefahrtenmoderatoren oder denen von Politikern entspringen.

Als Drittes kommt man dieser Tage an einem Thema praktisch nicht vorbei: Flüchtlinge. Die Reaktionen der politischen Führung gipfeln in Durchhalteparolen wie „Wir schaffen das schon“ aus dem Rhetorikbaukasten für Siebenjährige oder in einem Eiertanz wie von Vizekanzlerdarsteller Gabriel, der seine Meinung zu diesem Thema im 3-Tage-Rhythmus ändert. Dass dieses Thema naturgemäß auch die Schulen betrifft, kommt in der öffentlichen Wahrnehmung kaum vor. So hat man auch von nennenswerten Lehrerneueinstellungen bislang nicht wirklich etwas gehört. Hier mal ein Intensivkurs, dort mal eine Qualifizierungsmaßnahme und dann wird

das schon. Die Institution Schule muss einmal mehr als gesellschaftlicher Reparaturbetrieb der Nation erhalten, selbstverständlich für Gottes Lohn. In Thüringen bastelt man übrigens schon einmal vorsorglich an einer Aussetzung der Schulpflicht für Flüchtlingskinder.

Und dann noch dies: Peter Beuth, Minister für Inneres und Einkommenshinterziehung, stellt sich nach wie vor stur. Wir werden keine Ruhe geben.

Herzlichst

Ihr

Stück

für Stück ...

bauen Sie mit uns an einer Zukunft, in der Alzheimer geheilt werden kann. Möchten Sie weitere Informationen? Schreiben oder rufen Sie uns an unter:

0800 / 200 400 1 (gebührenfrei)

Bitte senden Sie mir folgende Materialien:

- Über die Alzheimer-Krankheit
- Über eine Fördermitgliedschaft
- Über eine Forschungspatenschaft

Name _____

Vorname _____

Straße, Hausnr. _____

PLZ, Ort _____

Alzheimer Forschung Initiative e.V.
Kreuzstr. 34 · 40210 Düsseldorf
www.alzheimer-forschung.de

Presseerklärung des VDL Hessen vom 17. September 2015 zur Lehrer-Bedarfsplanung der Hessischen Landesregierung in der aktuellen Flüchtlingskrise

„Kein Abschluss ohne Anschluss – Deutschförderung darf nicht nur in Intensivklassen erfolgen, sondern muss allgemein in den schulischen Alltag integriert werden“

Der Verband der Lehrer Hessen (VDL) begrüßt die Ergebnisse der Gespräche der Hessischen Regierung und Opposition vom 16. September 2015 zur Bewältigung der Flüchtlingskrise.

„Es ist gut, dass die Landesregierung deutlich gemacht hat, dass noch mehr Lehrkräfte in Deutsch-Intensivklassen eingesetzt werden sollen. Die Bestrebungen, hessische Lehrerinnen und Lehrer zeitnah für diese Arbeit in Fortbildungen entsprechend zu qualifizieren, ist die absolut richtige Reaktion auf die Flüchtlingswelle“, sagt der Landesvorsitzende des VDL, Jörg Leinberger.

Er macht allerdings auch deutlich, dass es bei den stetig steigenden Zahlen von minderjährigen und somit schulpflichtigen Flüchtlingskindern nicht ausreichen wird, sie lediglich für einen begrenzten Zeitraum in Deutsch-Intensivklassen zu unterrichten. „Diese Kinder und Jugendliche kommen aus belasteten Krisenregionen und brauchen Lehrpersonal, das individuell, mit ausreichender zeitlicher Kapazität und ohne Lehrplandruck auf sie eingehen kann“, so Leinberger weiter. Dafür bedürfe es eines kleineren Klassenteilers, ein Mehr an Lehrkräften und Flexibilität im Umgang mit den Kindern. „Für die Inklusion fehlen uns schon spezifisch ausgebildete Förderschullehrkräfte. Für Kinder, die noch zusätzlich traumatische Vorerfahrungen mitbringen, benötigen wir weiteres speziell geschultes Fachpersonal. Aber ohne Sonder-Zuweisungen und Fortbildungsangebote ist diese Herausforderung nicht zu stemmen.“

Leinbergers Verband hat es sich zur Aufgabe gemacht, dafür zu kämpfen, dass jede Schülerin und jeder Schüler nicht nur einen Schulabschluss machen kann, sondern auch einen entsprechenden Anschluss daran (Ausbildung, weitere schulische Laufbahn mit höherem Abschluss oder Studium) ermöglicht bekommen sollte. Daher fordert Leinberger, dass die Planungen der Landesregierung nicht nur den kurzfristigen Bedarf an Deutsch-Fachkräften beinhalten. Vielmehr sei es wichtig, dass auch im Anschluss an Intensiv-Maßnahmen noch pädagogische Begleitung im Sinne von Tandem-Unterricht, Kleingruppenförderung oder Einzelfördermaßnahmen ermöglicht werden kann. „Das ist aber nur möglich, wenn im Bildungssektor nicht weiter an Manpower eingespart wird. Bildung darf kein Sparmodell sein! Bildung ist das wichtigste Gut, das wir unseren Kindern und Jugendlichen – auch den Flüchtlingen – mitgeben können, damit sie einen guten Start in ihr Berufsleben erhalten“, macht Leinberger deutlich.

Er weist außerdem darauf hin, dass es hessenweit genügend fertig ausgebildete, kompetente Lehrkräfte mit 2. Staatsexamen gibt, die durch Sparmaßnahmen der Landesregierung ohne Job sind. „Und ich bin mir sicher, dass all diese jungen Lehrerinnen und Lehrer sich gern der Aufgabe widmen würden, unsere Kinder und Jugendlichen und auch Flüchtlinge zu beschulen und auszubilden“, so Leinberger abschließend.

Kerstin Jonas, Pressesprecherin des VDL Hessen



Hilfe braucht Helfer.

„Ich war mehrmals in den Projekten und weiß, dass wir schon mit bescheidenen Mitteln viele Leben retten können.“

Dr. Maria Furtwängler

Werden auch Sie zum Helfer!

Ärzte für die Dritte Welt e.V.
Offenbacher Landstr. 224
60599 Frankfurt am Main

Telefon +49 69.707 997-0
Telefax +49 69.707 997-20

Spendenkonto
488 888 0

BLZ 520 604 10

www.aerzte3welt.de

Deutsches
Zentralinstitut
für soziale
Fragen/DZI



DZI Spenden Siegel
Geprüft - Empfohlen



Ärzte für die Dritte Welt

DL zur Schulpflicht für Flüchtlingskinder:

Kraus gegenüber dem Handelsblatt: „Die Politik hat die Brisanz dieser Größenordnung noch nicht einmal in Ansätzen erkannt“

Der Deutsche Lehrerverband (DL) unterstützt die Forderung des Thüringer SPD-Chefs und Erfurter Oberbürgermeisters Andreas Bausewein nach einer Aussetzung der Schulpflicht für Kinder von Asylbewerbern.

Der Vorstoß möge programmatisch umstritten sein, aber er sei aus der realen Lage vor Ort entstanden. „Vorausgesetzt, die rechtlichen Grundlagen werden geschaffen, dass Flüchtlinge aus sicheren Herkunftsstaaten umgehend zurückgeführt werden, wäre ein Verzicht auf eine Beschulung der Kinder dieser Asylsuchenden eine sinnvolle Entlastung der an vielen Schulen höchst angespannten Lage“, sagte Verbandspräsident

Josef Kraus dem „Handelsblatt“. Nach Einschätzung von Kraus überfordert die „Beschulung“ der Kinder von Flüchtlingen und von minderjährigen alleinreisenden Flüchtlingen die Schulen „mehr und mehr“. Es sei davon auszugehen, dass es sich allein im Jahr 2015 um 100.000 bis 120.000 junge Leute handle, die nach deutschem Recht schulpflichtig sind. „Die Politik hat die Brisanz dieser Größenordnung noch nicht einmal in Ansätzen erkannt“, bemängelte der Lehrerverbandschef.

„Diese jungen Leute können nicht einfach in reguläre Klassen gesteckt werden, sondern es müssen gesonderte Klassen dafür gebildet wer-

den, in denen erst einmal für mindestens sechs Monate Grundlagen der deutschen Sprache vermittelt werden.“ Besonders problematisch sei die Unterrichtung von Jugendlichen ab dem 16. Lebensjahr aufwärts, sagte Kraus weiter. „Für sie müssen eigene Klassen an Berufsschulen eingerichtet werden.“ Allein in Bayern seien dies demnächst 500 solcher Klassen. „Die zusätzlichen Lehrer dafür sind nicht vorhanden, so dass die betreffenden Schulen vorhandenes Personal oft genug zu lasten des regulären Betriebs umschichten müssen oder auf freiwillig tätige pensionierte Lehrer zurückgreifen“, fügte Kraus hinzu. „Es fehlt aber nicht nur an Lehrern, sondern auch an assistierendem Personal: an Dolmetschern, an Sozialpädagogen, an Therapeuten.“ Was die Lehrer betreffe, wäre ein Sofortprogramm zur Weiterbildung der zahlreichen arbeitslosen Deutschlehrer zu Lehrern für Deutsch als Fremdsprache wünschenswert.

120 neue „Deutsch als Fremd- oder Zweitsprache“-Lehrkräfte

Hessen bildet zur Beschulung von Seiteneinsteigern 120 neue „Deutsch als Fremd- oder Zweitsprache“- Lehrkräfte aus

Heute beginnen 120 hessische Lehrkräfte mit ihrer Weiterbildung für das Fach „Deutsch als Fremd- oder Zweitsprache“ (DaZ/DaF). Die sprachliche Erstintegration von Schülerinnen und Schülern, die mit geringen oder keinen Deutschkenntnissen als Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern nicht nur in den vergangenen Wochen aus dem Ausland nach Deutschland gekommen sind, wird im kommenden Schuljahr die größte schulische Herausforderung darstellen. Um dieser gerecht zu werden und den kurzfristig stark gestiegenen personellen Bedarf sicherzustellen, hat heute im Gießener Rathaus der bisher größte und teilnehmerstärkste Weiterbildungskurs „Deutsch als Fremd- oder Zweitsprache“ (DaZ/DaF) der Hessischen Lehrkräfteakademie begonnen. Vertreter aus Kultusministerium und

Lehrkräfteakademie, die Oberbürgermeisterin der Stadt Gießen, Dietlind Grabe-Bolz, sowie der Leiter des Weiterbildungskurses Prof. Dr. Dietmar Rösler begrüßten die zahlreichen Teilnehmer und gaben einen

Einblick in den weiteren Verlauf der Weiterbildung und betonten den Stellenwert für das schulische Gesamtsprachförderkonzept des Landes.

Teilnehmer des Kurses

Der Kurs setzt sich aus je einem Drittel für das Lehramt Grundschulen, Haupt- und Realschulen/Gymnasium sowie berufliche Schulen zusammen und bereitet die Teilnehmer in den kommenden Wochen und Monaten bis zur ihrer Abschlussprü-



An der Uni Gießen beginnen 120 hessische Lehrkräfte mit ihrer Weiterbildung für das Fach „Deutsch als Fremd- oder Zweitsprache“ (DaZ/DaF). © HKM

fung im Sommer 2016 intensiv auf die Lehrbefähigung für das Fach DaZ/DaF vor. Dabei werden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer von einem kompetenten Team aus abgeordneten Lehrkräften sowie zugeordneten Kommunikationspartnerinnen und Partnern direkt aus der Weiterbildung betreut und begleitet. Die Struktur des Kurses ist angelehnt an die Strukturen des Studiums „Deutsch als Fremd- oder Zweitsprache“. Der nun begonnene Kurs schließt nahtlos an einen ersten Weiterbildungskurs mit 47 Teilnehmern an, der in Kürze enden wird.

Nach ihrem Abschluss erfolgt der Einsatz der „frisch ausgebildeten“ Lehrkräfte im Rahmen des schulischen Gesamtsprachförderkonzepts, das sich u.a. aus Intensivklas-

sen, Intensivkursen, Alphabetisierungskursen und dem Programm für Intensivklassen für Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger ohne Deutschkenntnisse an den beruflichen Schulen, „Integration und Abschluss“ (InteA), zusammensetzt.

Landesweiter DaZ-Fachtag des Hessischen Kultusministeriums

Am 10. Oktober 2015 findet in Zusammenarbeit mit der Justus-Liebig-Universität Gießen ein landesweiter DaZ-Fachtag für Lehrkräfte und Sozialpädagogen statt. Im Rahmen dieses Fachtages, an dem auch Hessens Kultusminister Prof. Dr. R. Alexander Lorz und Prof. Dr. Joybrato Mukherjee, Präsident der Justus-Liebig-Universität Gießen, teil-

nehmen werden, können Teilnehmer in verschiedenen Workshops und Fachvorträgen alle Aspekte der Beschulung von schulischen Seiteneinsteigern intensiv diskutieren.

Hessens Kultusminister Prof. Dr. R. Alexander Lorz: „Der Weiterbildungskurs wie auch der Fachtag sind ein starkes Zeichen dafür, dass wir uns als Land den gesellschaftlichen, schulischen und politischen Herausforderungen der für uns alle unvorhersehbaren Zuwanderungswelle stellen und jedem schulpflichtigen Kind und Jugendlichen bestmögliche Bildungsmöglichkeiten bieten möchten. 100 neue Intensivklassen, insgesamt rund 6.000 Intensivklassenplätze nur an den allgemeinbildenden Schulen untermauern dies eindrucksvoll.“

Schulen sollen traumatisierten Flüchtlingskindern helfen

In Hessens Schulen kommen auch viele Flüchtlingskinder. Ein großer Teil ist traumatisiert. Psychologe Georg Pieper fordert mehr Unterstützung für die Lehrer



Traumaexperte Pieper Foto: dpa

Bei der Unterstützung von traumatisierten Flüchtlingskindern kommt den Schulen nach Ansicht des Traumaexperten Georg Pieper eine Schlüsselrolle zu.

Lehrer könnten in den Vorbereitungsklassen recht einfache therapeutische Mittel einsetzen, um den Kindern bei der Bewältigung ihres Traumas zu helfen, sagte er der Deutschen Presse-Agentur. „Dass Lehrer diese Aufgabe übernehmen, ist der einzige Weg. Wir können nicht all die Tausenden Flüchtlingskinder zum Therapeuten schicken, dafür haben wir keine Kapazitäten.“

Doch die Lehrer müssten für diese Aufgabe geschult werden, und dafür müsse Geld her, forderte der Psychologe. Traumatisierte Kinder spielten häufig das, was sie erlebt haben, immer wieder durch. Aber wenn Kinder Krieg oder Erschießen spielten, seien die Betreuer oft voll-

kommen überfordert. Dabei könne diese Art der Beschäftigung mit schlimmen Erlebnissen sogar hilfreich sein. Das gelte aber nur dann, wenn die Kinder darin unterstützt würden, einen positiven Ausgang für die gespielten Szenen zu finden.

Pieper rechnet damit, dass zwei Drittel der Kinder, die derzeit aus Kriegsgebieten etwa in Syrien und Irak nach Deutschland kommen, eine Posttraumatische Belastungsstörung entwickeln. Sie seien dünn-

häutiger, schneller krank und nicht so stressbelastbar. Sie hätten im Leben eine schlechte Ausgangsposition.

Manche Kinder wirkten auch brutal und emotionslos und zeigten wenig Einfühlungsvermögen. Diese Kinder seien nicht böse, sondern hätten eine verletzte Seele. Traumatisierte Kinder hätten in der Regel recht gute Chancen, sich im Laufe der Zeit zu stabilisieren. Wichtig sei, dass sie sich sicher, willkommen und akzeptiert fühlten.

Piepers Praxis ist in Friebertshausen im Kreis Marburg-Biedenkopf. In der Kinder- und Jugendpsychiatrie Marburg spezialisierte er sich auf die Behandlung von Posttraumatischen Belastungsstörungen. lthe



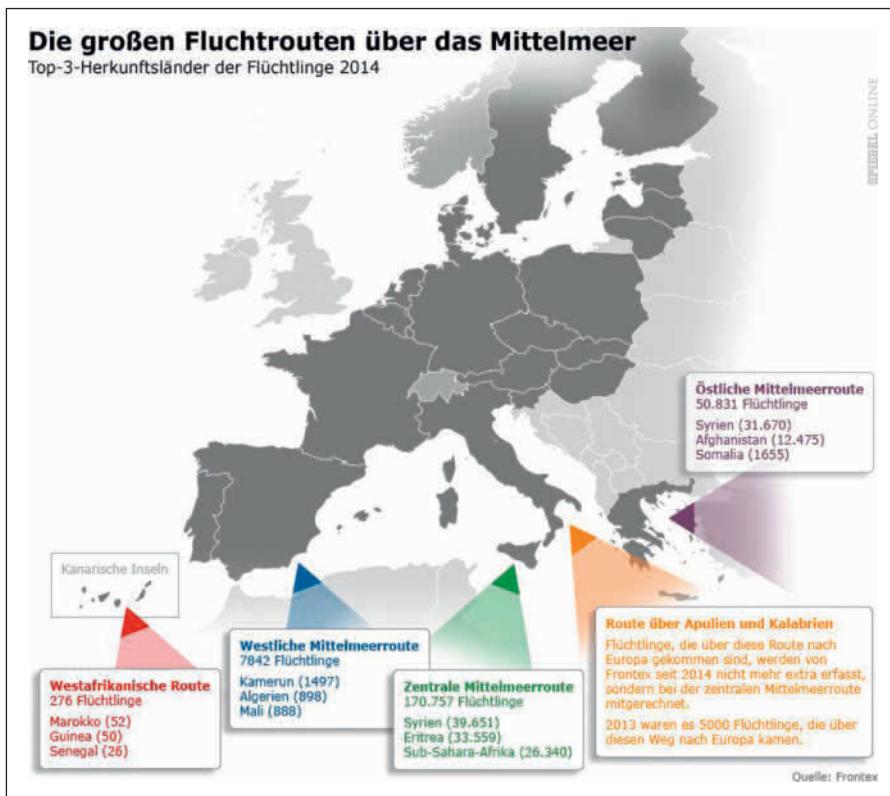
Ankommende Flüchtlinge im Münchener Hauptbahnhof

Wieso gibt es plötzlich so viele Flüchtlinge?

Die Truppen von Machthaber Assad und der IS terrorisieren die Menschen in Syrien und im Irak, in Afghanistan verbreiten wieder die Taliban Schrecken, in Somalia herrscht seit Jahrzehnten Bürgerkrieg, in Eritrea knechtet ein Präsident sein Volk. In den vergangenen Monaten haben auch sehr viele Menschen ihre Heimat verlassen, weil ihnen dort die wirtschaftliche Situation ausweglos erscheint: aus vielen subsaharischen afrikanischen Ländern, aber auch aus dem Westbalkan, etwa dem Kosovo und Albanien.

Es sind weltweit, innerhalb oder außerhalb ihres Landes, fast 60 Millionen Menschen auf der Flucht – so viele wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Das hat natürlich auch Auswirkungen auf die Flüchtlingszahlen in europäischen Ländern. Im Jahr 2014 mussten nach UNO-Angaben fast 14 Millionen Menschen aus ihrer Heimat fliehen.


Fast 218.000 Menschen aus Afrika oder Asien gelangten 2014 nach Schätzung des UNHCR mit dem Boot übers Mittelmeer, etwa 3.500 kamen bei der Überfahrt ums Leben. Im ersten Halbjahr 2015 sind nach Angaben des UNHCR 137.000 Menschen über das Mittelmeer nach Europa geflüchtet. Dabei haben die Flüchtlinge, wie eine Studie zeigt, sehr häufig nicht ein bestimmtes europäisches Land als Ziel.



In der Regel haben Flüchtlinge keine Möglichkeit, legal nach Europa zu gelangen, etwa mit dem Flugzeug oder einem Kreuzfahrtschiff. Der Grund: Sie bekommen kein Visum – es bleibt ihnen meist nur, sich in die Hände eines Schleppers zu begeben. Ausnahmen gibt es dabei für sogenannte Kontingentflüchtlinge, die europäische Länder zum Beispiel direkt in Flüchtlingslagern im Libanon auswählen und die mit Einreisepapieren ausgestattet werden. Es wird darüber diskutiert, welche Möglichkeiten es gibt, dass Flüchtlinge be-

reits in ihren Herkunftsländern oder in Nachbarländern einen Asylantrag stellen können und dann schon dort Reisepapiere ausgehändigt bekommen, wenn abzusehen ist, dass ihr Asylantrag in Europa anerkannt wird – das gilt zum Beispiel in den allermeisten Fällen für Flüchtlinge aus Ländern wie Syrien, aus dem Irak oder aus Eritrea.

In Deutschland beantragten im Jahr 2014 mehr als 170.000 Flüchtlinge erstmals Asyl – fast 60 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Rund 40.000 von ihnen kamen aus Syrien, 13.000 aus Eritrea, 9000 aus Afghanistan.



Menschen

setzen Zeichen

Vor rund 5.000 Jahren erschufen Menschen dieses Steingrab als Signal für künftige Generationen. Mit einem Testament zugunsten der Alzheimer-Forschung setzen auch Sie ein bleibendes Zeichen.

Unsere kostenlose Broschüre können Sie bestellen unter:


Name

Vorname

Geboren am

Straße, Hausnr.

PLZ, Ort



Alzheimer Forschung Initiative e.V.
Kreuzstr. 34 · 40210 Düsseldorf
www.alzheimer-forschung.de

Stellenumlenkungen im Bereich Grundschule und Oberstufe



Prof. Dr. R. Alexander Lorz
Hessischer Kultusminister

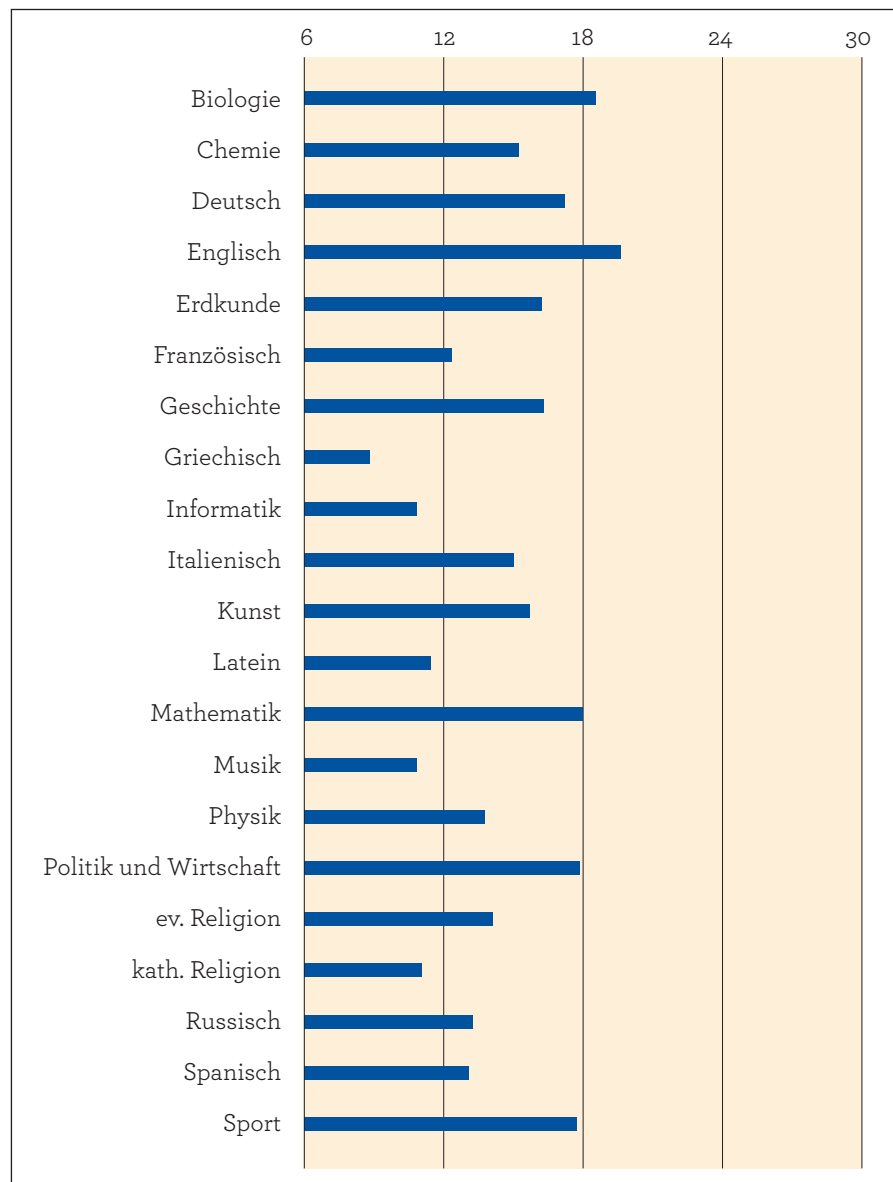
Mich haben in den vergangenen Tagen und Wochen Schreiben erreicht, in denen Fragen zu den Stellenumlenkungsmaßnahmen im Bereich von Grundschule und Oberstufe gestellt wurden. Es wird die Bedeutung von Bildung für die Zukunft unserer Gesellschaft hervorgehoben und deutlich gemacht, dass individuelle Förderung und eine Vielfalt von Angeboten notwendig seien, um dem einzelnen Kind den optimalen Bildungsweg gemäß seiner individuellen Fähigkeiten und Talente zu ermöglichen. Ich stimme dem vollkommen zu – auch mir ist es eine Herzensangelegenheit, unseren Kindern die bestmöglichen Zukunftschancen zu bieten. Bildung ist eine unserer zentralen Zukunftsaufgaben. Daher haben wir in den vergangenen Jahren die Zahl der Lehrerstellen sowohl für die Grundunterrichtsversorgung als auch für Sonderzuweisungen erheblich ausgeweitet. Allein in den Jahren 2009–2013 wurden insgesamt 2.500 zusätzliche Lehrerstellen neu geschaffen und damit die Personalversorgung unserer Schulen bereits erheblich verbessert.

Und das spiegelt sich auch in der absoluten Steigerung der Bildungsausgaben in Hessen wider. Die Hessische Landesregierung setzt im Bereich der Schulen und der Bildungspolitik einen ihrer politischen Schwerpunkte im Sinne einer quan-

titativ wie qualitativ hochwertigen Ausstattung der Schulen mit engagierten und hochmotivierten Lehrkräften. Die hervorragende Schüler-Lehrer-Relation wollen wir nicht nur halten, sondern sogar verbessern. Das wird besonders daran deutlich, dass der Bereich der Lehrerstellen der einzige innerhalb der Landesverwaltung ist, der in dieser Legislaturperiode vollständig von Kürzungen ausgenommen ist. Daran halten wir fest, obwohl die hessischen Bür-

gerinnen und Bürger 2011 eine Schuldenbremse beschlossen haben. Trotz nach wie vor zurückgehender Schülerzahlen garantieren wir also die Zahl der Lehrerstellen in Hessen auf einem konstant hohen Niveau von ca. 50.000. Das heißt, die sogenannte demografische Rendite bleibt vollständig im System. Dies ist grundsätzlich eine günstige Ausgangslage. Bei der Verteilung dieser Stellen müssen wir darauf achten, dass wir faire Chancen eröff-

Durchschnittliche Kursgrößen der Leistungskurse*



* an öffentlichen allgemeinbildenden Schulen in der Qualifikationsphase Q1 der gymnasialen Oberstufe in den Schuljahren 2013/2014 und 2014/2015

nen – für jedes Kind. Sehr viele nutzen diese gebotenen Chancen selbstständig, andere brauchen aus den unterschiedlichsten Gründen unsere Unterstützung, die wir in vier Schwerpunktbereichen ansetzen wollen:

- im Ganztagsschulbereich;
- in der sozialindizierten Lehrerzuweisung – d. h. Schulen, die im Landesvergleich unter besonders schwierigen sozialen Bedingungen arbeiten, erhalten eine zusätzliche Zuweisung;
- im Bereich der Inklusion;
- und nicht zuletzt bei den Deutschfördermaßnahmen, die vor allem vor dem Hintergrund der zunehmenden Anzahl an Flüchtlingen immer mehr an Bedeutung gewinnen.

Den oben genannten Briefen sowie zahlreichen Gesprächen habe ich entnommen, dass Sie diese Schwerpunktsetzung grundsätzlich gutheißen und nachvollziehen können. Kritik setzt an der Frage an, wie die beschriebenen Vorhaben finanziert werden sollen, da die demografische Rendite allein nicht ausreichen wird.

Teilweise wird die Deckung des Mehrbedarfs durch den Einsatz zusätzlicher Lehrerstellen gefordert. Verantwortungsvolles Handeln heißt jedoch gerade nicht, Schulden auf dem Rücken unserer Kinder zu machen, sondern nachhaltig im Sinne heutiger und zukünftiger Generationen zu wirtschaften.

Daher hat sich das Kultusministerium für eine behutsame Umlenkung von Stellenressourcen über mehrere Jahre entschieden. Die Identifizierung dieser Stellen erfolgte aus rein fachlichen Aspekten.

Das ändert sich in der Oberstufe:

In der Oberstufe errechnet sich die Stunden- und damit die Lehrerzuweisung nach Schülerzahlen. Aufgrund dieser Zuweisung entscheiden die Oberstufen, wie viele Grund- und Leistungskurse mit welchen Gruppengrößen sie anbieten. Eine Reduzierung der Zuweisung wirkt sich daher nicht auf die Unterrichts-

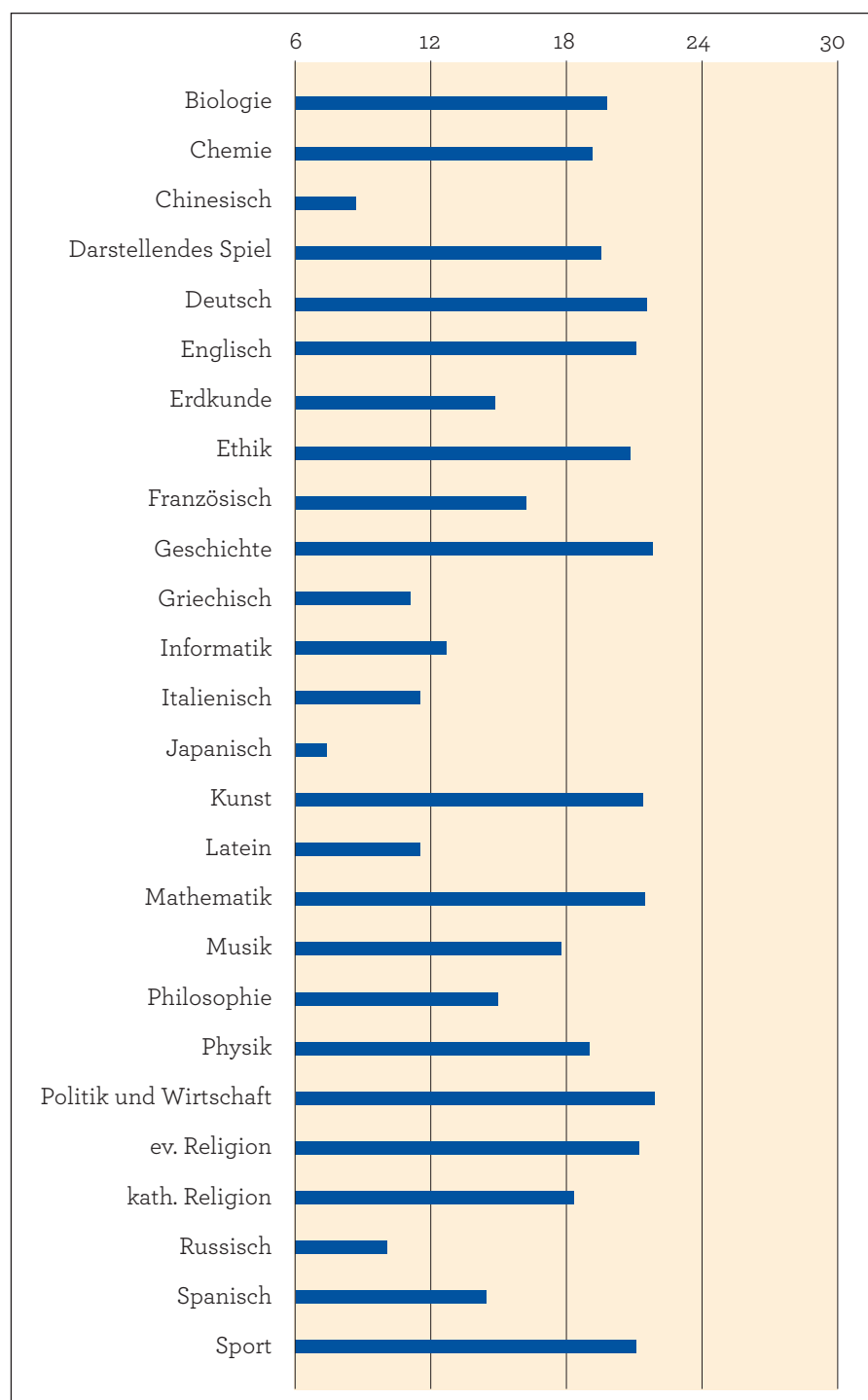
stunden aus, die die Schülerinnen und Schüler erhalten. In der Regel geht es um die Kursgröße.

In der Konsequenz erhöht sich die durchschnittliche Schülerzahl pro Oberstufenkurs in der Einführungsphase von 19,6 auf 21,2 und in der Qualifikationsphase von 18,9 auf 19,9 in Grundkursen sowie von 16,8 auf 17,8 in Leistungskursen.

Das ändert sich in der Grundschule:

Bislang gab es zusätzlich zur Grundunterrichtsversorgung unabhängig von der Klassengröße bei der Stunden- und damit Lehrerzuweisung einen pauschalen Zuschlag von 1,5 Wochenstunden pro Klasse. Dieser Zuschlag wird jetzt nach Klassengröße gestaffelt. Dem liegt der Ge-

Durchschnittliche Kursgrößen der Grundkurse*



* an öffentlichen allgemeinbildenden Schulen in der Qualifikationsphase Q1 der gymnasialen Oberstufe in den Schuljahren 2013/2014 und 2014/2015

danke zu Grunde, dass das Unterrichten in einer großen Klasse aufwändiger ist als in einer kleinen.

Konkret:

- Für Grundschulklassen mit mehr als 21 Schülerinnen und Schülern ändert sich nichts.
- Bei Klassen mit mehr als 17 bis 21 Schülerinnen und Schülern reduziert sich der Zuschlag auf 1 Wochenstunde und
- bei maximal 17 Schülerinnen und Schülern auf 0,5 Wochenstunden pro Klasse.

Unverändert bleiben die Zuweisungen für den Grundunterricht.

So erhalten Grundschulen wie bisher im Flexiblen Schulanfang, in der Eingangsstufe und im 1. und 2. Grundschuljahrgang pro Klasse 21 Wochenstunden, für jede 3. und 4. Grundschulklasse 25 Wochenstunden; zuzüglich des allgemeinen Zuschlags auf die Grundunterrichtsvorsorgung von 4 bis 5 Prozent und weiterer Sonderzuweisungen wie beispielsweise der sozialindizierten Lehrerrzuweisung.

DAS LEBEN IST BEGRENZT. IHRE HILFE NICHT.

Ein Vermächtnis zugunsten von
ÄRZTE OHNE GRENZEN schenkt Menschen
weltweit neue Hoffnung.

Wir informieren Sie gerne. Schicken Sie
einfach diese Anzeige an:

ÄRZTE OHNE GRENZEN e.V.
Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin



Nachlese · Nachlese · Nachlese · Nachlese · Nachlese · Nachlese

Nachlese vom Bildungsgipfel

Der von der Hessischen Landesregierung initiierte Bildungsgipfel startete im September 2014 und endete im Juli 2015.

Kultusminister Prof. Dr. Lorz beschrieb seinerzeit das Ziel des Bildungsgipfels wie folgt: „Der Bildungsgipfel strebt eine langfristig tragfähige Verständigung zwischen den an Bildung Beteiligten über die Schulentwicklung in Hessen, eine Verständigung über Grundsätze und umsetzbare Ziele für das schulische Handeln in den nächsten 10 Jahren sowie Verlässlichkeit und Planungssicherheit für Schulen, Schulträger und Eltern an.“

Zu dieser Veranstaltung hatten sich Schüler- und Elternvertreter, Vertreter der Lehrerorganisationen, der Kommunen und Kirchen, der Bildungsträger, der Wirtschaft und der Gewerkschaften sowie anderer gesellschaftlicher und an Bildung beteiligter Institutionen getroffen. Vertreter der Landesregierung und der Landtagsfraktionen waren ebenfalls auf Einladung des Hessischen Kultusministeriums erschienen.

Bekanntlich erörterten die Vertreter der eingeladenen Institutionen in fünf Arbeitsgruppen folgende Themenbereiche:

1. Gestaltung von Schule, 2. Herausforderungen der Bildungsregion, 3. Gestaltung individueller Unterstützungsangebote, 4. Schule als Vorbereitung auf die Arbeits- und Lebenswelt und 5. Lehrerbildung.

Geplant war, dass nach einem Jahr ein gemeinsames Papier vorliegen sollte.

Dass dieses Ziel sehr schwierig zu erreichen sein sollte, zeigte sich v. a. in der Arbeitsgruppe 1, Gestaltung von Schule. In dieser Arbeitsgruppe prallten die Ansichten von Befürwortern und Gegnern des „Gemeinsamen Lernens – eine Schule für alle“ und des „Lernens in homogenen Gruppen (gegliedertes Schulsystem)“ heftig aufeinander. Eine Einigung wäre der Quadratur des Kreises gleichgekommen.

Um nicht einen möglichen Flächenbrand entstehen zu lassen, sprach die Regierungsseite von einer absolut ergebnisoffenen Veranstaltung.

Der VDL verfolgte in dem zähen Ringen um die künftige Schulstruktur in Hessen hartnäckig das gesteckte Ziel der Erhaltung von Haupt- und Realschulen.

Der Vorschlag der Landeschülervertretung (LSV), die ein Zwei-Säulen-Modell erarbeitet hatte, erfuhr die Ablehnung des VDL.

Wie schon zu Beginn der Arbeitsphase vermutet worden war, konnte in dieser Arbeitsgruppe kein einheitliches und verbindliches Ergebnis erreicht werden. Der VDL hätte, genau wie die übrigen dbb-Lehrerverbände, ein Abschlusspapier nicht unterzeichnet. Der Kultusminister war gut beraten, auf ein von allen Teilnehmern zu unterschreibendes gemeinsames Abschlusspapier zu verzichten. Nach vorsichtigen Schätzungen hätten nämlich ca. 60 Prozent der Organisationen ihre Unterschrift verweigert.

Es kann aber keineswegs von einem allgemeinen Scheitern des ambitionierten Bildungsgipfels gesprochen werden. Es war das erste Mal in der hessischen Bildungspolitik, dass sich so viele Organisationen über Bildung austauschten. Man sprach miteinander – nicht – nur übereinander –, hörte zu, schloss neue Kontakte, Verbindungsachsen entstanden. Dies alles wäre ohne den spektakulären Bildungsgipfel nicht möglich gewesen.

Gudrun Mahr

Ganztagsangebote

Ausweitung des Pakts für den Nachmittag im Schuljahr 2016/17



© contrastwerkstatt – Fotolia.com

Der vor kurzem beendete Bildungsgipfel trägt erste Früchte: „Ich freue mich, dass wir schon jetzt die im Bildungsgipfel in großer Einmütigkeit beratene Öffnung des Pakts für den Nachmittag in die Tat umsetzen können“, sagte der Hessische Kultusminister Prof. Dr. R. Alexander Lorz. „Somit finden erste Ergebnisse der Beratungen des Bildungsgipfels unmittelbar ihren Niederschlag im Regierungshandeln. Mit der Öffnung des Pakts für den Nachmittag ermöglichen wir den Schulträgern in Hessen den Ausbau ihrer Ganztagsangebote mit Unterstützung des Landes auch für weiterführende Schulen und für mehr gebundene Ganztagsangebote“, so Lorz. Das als ‚Pakt für den Nachmittag‘ überschriebene Programm des Landes zum verstärkten Ausbau der Ganztagsangebote war ursprünglich angelegt für eine flächendeckende Bildungs- und Betreuungsgarantie für alle Grundschul Kinder in Hessen, an allen Orten, wo der Wunsch nach diesem Ganztagsangebot besteht. Es startet zum kommenden Schuljahr 2015/16 in sechs Pilotregionen.

Für die Fortführung und Ausweitung des Programms im Schuljahr 2016/17 hat Kultusminister Lorz nun alle

Schulträger in Hessen angeschrieben und das Angebot unterbreitet, sich für das nächste Schuljahr zur Teilnahme am Pakt für den Nachmittag zu bewerben bzw. in den bisherigen Pilotschulregionen die Angebote auf weitere Schulen auszuweiten. „Unser Ziel ist es, den Pakt für den Nachmittag im Schuljahr 2016/17 auf weitere Schulträger und Regionen auszuweiten“, erklärte der Kultusminister. Schon für die jetzt beginnende Pilotphase mit sechs Schulträgern hatten weit mehr Schulträger in Hessen ihr Interesse bekundet, als zunächst aufgenommen werden konnten. „Dieser großen Nachfrage wollen wir in den kommenden Jahren sukzessive weiter nachkommen.“ Noch vor den Herbstferien sollen die Schulträger dann darüber informiert werden, welche Bewerbungen erfolgreich waren. Insgesamt stehen für den Ganztagsausbau auch im Schuljahr 2016/17 noch einmal zusätzlich 230 Stellen zur Verfügung, davon bis zu 145 für den Pakt für den Nachmittag.

Vorschläge der AG 2 des Bildungsgipfels werden aufgegriffen

Darüber hinaus soll gemäß der Beratungen in der Arbeitsgruppe 2 des

Bildungsgipfels allen Schulträgern die Möglichkeit gegeben werden, Vorschläge zur Erweiterung von Grundschulen im Profil 1 oder 2 (Schulen mit freiwilligen Ganztagsangeboten) hin zum Profil 3 (gebundene Ganztagschulen) zu machen.

„Außerdem wollen wir gemäß der Vorschläge der Arbeitsgruppe den Ausbau von ganztägigen Angeboten an weiterführenden Schulen in allen Profilen grundsätzlich ermöglichen“, erläuterte Kultusminister Lorz weiter.

Voraussetzung dafür sei, dass aus dem Gesamtausbauplan des Schulträgers hervorgehe, dass der bedarfsgerechte Ausbau ganztägiger Angebote im Grundschulbereich weiterhin deutlich Priorität genieße.

„Ein Ausbau in den Jahrgangsstufen 5 und 6 ist dabei gegenüber einem Ausbau im Gesamtbereich der Sekundarstufe I zu bevorzugen“, so Lorz.

„Der ‚Pakt für den Nachmittag‘ ist das größte Programm zum Ausbau von Ganztagsangeboten, das es je in Hessen gab.

Und es ist ein großer Schritt hin zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie einer besseren individuellen Förderung für die einzelnen Schüler“, betonte der Kultusminister.

„Nun haben wir die konstruktiven Vorschläge, die mit den Praktikern des Bildungsbereichs in der AG 2 des Bildungsgipfels erarbeitet worden sind, aufgegriffen und setzen sie zügig in die Tat um.“

Ziel sei es nach wie vor, in den kommenden fünf Jahren eine Bildungs- und Betreuungsgarantie für alle Grundschul Kinder in Hessen zu verwirklichen, an allen Orten, wo der Wunsch nach diesem Ganztagsangebot bestehe.

„Mit der Öffnung des Pakts kommen wir aber den Wünschen insbesondere von Schulträgern und Eltern entgegen, den Ausbau der Ganztagsangebote noch stärker am Bedarf orientiert vorzunehmen.

So wird Hessen in den kommenden Jahren auf seinem Weg zum Ausbau der Ganztagsangebote in großen Schritten vorankommen, so Lorz abschließend.

Lehrerbedarf – Prognosen

Übersicht über die allgemeinen Einstellungschancen in den hessischen Schuldienst

Einstellungen in den hessischen Schuldienst werden im Rahmen der nach dem Landeshaushalt verfügbaren Stellen und Mittel, nach dem schulischen Fachbedarf sowie nach Befähigung, fachlicher Leistung und Eignung der Bewerberinnen und Bewerber vorgenommen. Die **Befähigung** bezieht sich allgemein auf die der Lehrertätigkeit zugutekommenden Fähigkeiten wie Begabungen, Allgemeinwissen, Lebenserfahrung sowie die allgemeine Ausbildung. Die **Fachliche Leistung** bedeutet Fachwissen, Fachkönnen und Bewährung im Fach. Der Begriff der **Eignung** umfasst alle sonstigen geistigen, körperlichen, psychischen und charakterlichen Eigenschaften, die für das Lehramt von Bedeutung sind und die nicht bereits den Bereichen der Befähigung und fachlichen Leistung zuzuordnen sind. Dabei kann auch die innere Einstellung bedeutsam sein, sofern sie sich auf die Ausübung des Amtes auswirken kann. Jede Bewerberin und jeder Bewerber kann über diese drei Größen seine persönlichen Einstellungschancen ganz entscheidend selbst beeinflussen.

Die persönlichen Einstellungschancen steigen,

- je besser die eigenen Prüfungsnoten sind,
- je geringer die Konkurrenz von Mitbewerbungen ist,
- mit zusätzlichen Fächern oder Lehrämtern,
- je mehr Unterrichtserfahrung man sammelt (Vertretungsverträge),
- je regional flexibler man ist (Bewerbung hessenweit anstatt nur in einem Schulamtsbezirk),
- je aktiver man die Bewerbungsmöglichkeiten nutzt (Ranglistenverfahren und schulbezogene Stellenausschreibungen),
- mit gesuchten Zusatzqualifikationen und -interessen (besondere fachliche Kenntnisse und Qualifikationen, EDV, Fremdsprachen, Zusammenarbeit mit Vereinen etc.).

Bei den nachfolgenden Aussagen zu zukünftigen Einstellungschancen für Studienanfänger ist zu beachten, dass alle Prognosen Unsicherheiten enthalten und dass insbesondere neue politische Entscheidungen, die den Unterrichtsbedarf beeinflussen (z. B. Klassengrößen, Lehrerarbeitszeit, Stundentafeln, G 8/9, Inklusion) in der Zukunft zu Bedarfsverwerfungen führen können.

Lehramt an Grundschulen (G)

- Die Einstellungschancen unterliegen starken Unterschieden; derzeit sind die Chancen im zentralen Rhein-Main-Gebiet deutlich höher in den übrigen Regionen Hessens.
- Neben den Pflichtfächern Deutsch und Mathematik besteht der größte Bedarf zurzeit in den Fächern Musik, Ev./Kath. Religion, Sport, Kunst. Weniger gesucht ist das Fach Sachunterricht.
- Die beiden Staatsprüfungsnoten sind entscheidend.
- Wünschenswert wäre ein höherer Anteil männlicher Lehramtsstudenten im Bereich Grundschule.
- Ausblick für Studienanfänger: Die Einstellungschancen werden weiterhin sehr unterschiedlich sein, bleiben Sie daher regional flexibel.

Lehramt an Haupt- und Realschulen (HR)

- Derzeit bestehen insgesamt mäßige Einstellungschancen; vergleichsweise gut sind die in den Fächern

Physik, Chemie, Musik – diese sind auch für den Quereinstieg ins Referendariat geöffnet.

- Ausblick für Studienanfänger: Je nach Fach gibt es voraussichtlich auch mittelfristig mäßige Einstellungschancen. Alternativ können Sie auch das Lehramt an Förderschulen in Betracht ziehen (siehe unten).

Lehramt an Gymnasien (GYM)

- Insgesamt entscheiden sich zu viele Lehramtsstudierende für das Gymnasiallehramt; zwischen den einzelnen Fächern bestehen allerdings Unterschiede.
- Derzeit bestehen die größten Einstellungschancen in den Fächern Kunst (bei ableitbarem Zweifach ist u. U. ein Quereinstieg ins Referendariat möglich), Musik, Physik, Informatik.
- Schlechte Einstellungschancen bestehen in den Fächern Russisch und Italienisch.
- Gymnasiallehrkräfte sind – in der Funktion von Studienrätinnen und Studienräten (höherer Dienst) – in einer Vielzahl von Schulformen einsetzbar, z. B. auch an Gesamtschulen und beruflichen Gymnasien. Je größer in diesem Punkt die persönliche Flexibilität, umso höher die Einstellungschancen.
- Daneben können Lehrkräfte mit Gymnasiallehramt ihre Bereitschaft erklären, in Mangelberei-



IHR NEUER ARBEITSPLATZ

WIR SUCHEN QUALIFIZIERTE MEDIZINER, TECHNIKER UND ADMINISTRATOREN (M/W), DIE SICH WEITER ENTWICKELN MÖCHTEN UND MIT UNS WELTWEITE NOTHILFE LEISTEN.

Unsere Teams sind in mehr als 60 Ländern im Einsatz. Werden Sie ein Teil davon und lernen Sie humanitäre Hilfe auf höchstem Niveau kennen. Bewerben Sie sich online: www.aerzte-ohne-grenzen.de/mitarbeiten



chen auch eine Einstellung im Lehramt an Haupt- und Realschulen anzunehmen (gehobener Dienst). Wird eine solche Stelle angetreten, kann parallel eine Bewerbung als Gymnasiallehrkraft aufrechterhalten werden.

- Ausblick für Studienanfänger: zukünftig voraussichtlich ähnliche Einstellungschancen; alternativ können Sie auch das Lehramt an beruflichen Schulen in Betracht ziehen (siehe unten).

Lehramt an beruflichen Schulen (BS)

- Anders als für das Gymnasiallehramt entscheiden sich zu wenige Lehramtsstudierende für das Lehramt an beruflichen Schulen.
- Die Einstellungschancen unterscheiden sich allerdings je nach beruflicher Fachrichtung; besonders gute Einstellungschancen bestehen in den Fachrichtungen Elektrotechnik, Metalltechnik, Informatik sowie Chemie-, Physik- und Biologietechnik (CHPB); bei den allgemeinbildenden Fächern sind vorrangig die Fächer Ethik, Physik und Mathematik gesucht.
- Einige Fachrichtungen, wie zum Beispiel Elektrotechnik und Metalltechnik, sind zudem für den Quereinstieg ins Referendariat geöffnet; dies gilt auch für solche Fachrichtungen, zum Beispiel Gesundheit, für die kein spezielles Lehramtsstudium existiert.
- Ausblick für Studienanfänger: je nach Fachrichtung bestehen voraussichtlich weiterhin mäßige bis sehr gute Einstellungschancen.

Lehramt an Förderschulen (FS)

- In Hessen werden in Absprache mit den anderen Bundesländern nur die Förderschwerpunkte Lernen, Sprachheilvermittlung, emotionale und soziale Entwicklung sowie geistige Entwicklung ausgebildet; in den Fachrichtungen körperliche und motorische Entwicklung, Hören sowie Sehen ist Hessen auf Absolventen aus anderen Bundesländern angewiesen.
- Derzeit bestehen sehr gute Einstellungschancen; dies gilt insbe-

sondere für die Förderschwerpunkte, die in Hessen nicht ausgebildet werden, sowie für die Region Nordhessen, wo es keine hessische Universität gibt, an der das Förderschullehramt studiert werden kann.

- Ausblick für Studienanfänger: soweit heute absehbar bestehen weiterhin sehr gute Einstellungschancen. Stand: Mai 2015

Alexander Lorz verteidigt geplante Stundenkürzungen

Kultusminister stellt sich der Kritik

Hessens Kultusminister Alexander Lorz (CDU) musste sich in den vergangenen Wochen viel Kritik aus Frankfurt anhören, weil er Gymnasien und Grundschulen künftig weniger Lehrerstunden zuweisen will. Gestern suchte er nun das Gespräch mit Lehrern, Schülern und Eltern.

„Wir waren überrascht von der Heftigkeit der Proteste. Das hätten wir so nicht erwartet“, sagte Alexander Lorz (CDU). Damit sprach der hessische Kultusminister den lautstarken Protest und die Belagerung seines Dienstfahrzeugs auf dem Schulhof der Textorschule durch Schüler, mehrheitlich aus der Carl-Schurz-Schule in Sachsenhausen, an.

Der Grund: Die Landesregierung will Lehrerstunden an Gymnasien und Grundschulen einsparen, um diese für die Inklusion sowie die Ganztagsbetreuungsangebote einsetzen zu können. Das gefällt Schülern, Schulleitern, Lehrern und Eltern aber gar nicht.

Verlorene Schüler

„Ich befürchte, dass die schwachen Schüler auf der Strecke bleiben“, sagte Hans-Ulrich Wyneken, Leiter des Sachsenhäuser Gymnasiums, die Folgen der Regierungspläne voraus. Seiner Rechnung nach werden der Carl-Schurz-Schule in den kommenden drei Jahren 75 Lehrerstunden gekürzt, was drei Stellen bedeuten würde. Die Folge: Statt mit 25 Schülern in einem Sportkurs müsse dieser mit 32 Schülern absolviert werden. Im Bio-Leistungskurs würden 27 Schüler statt 18 sitzen. Kleine Leistungskurse wie Französisch und Musik müssten ebenso aufgegeben werden wie der

Deutsch- und Mathe-Förderunterricht in der Mittelstufe. „Und das, wo in Frankfurt gut 56 Prozent der Viertklässler aufs Gymnasium wechseln und viele von ihnen gefördert werden müssen“, sagte Wyneken. Die geringe Sitzenbleiberquote von 2,1 Prozent an der Schule könne ohne Förderung nicht gehalten werden. „Wir können auch das Niveau senken, dann werden die guten Schüler auf die Privatschule gehen“, prophezeite der Schulleiter. „Das macht uns wirklich Sorgen.“

Alzheimer?



Schon heute leiden rund 1,2 Millionen Menschen an der Alzheimer-Krankheit. Tendenz steigend. Deshalb ist weitere

Forschung nötig!

Sie wollen mehr über Alzheimer wissen? Wir informieren Sie kompetent und kostenlos unter:

0800 / 200 400 1
(gebührenfrei)



**ALZHEIMER
FORSCHUNG
INITIATIVE e.V.**

Kreuzstr. 34 · 40210 Düsseldorf
www.alzheimer-forschung.de

015

Keine Spielräume

Sorgen machen sich aber nicht nur die Schulleiter und Lehrer, sondern auch die Schüler selbst wie Lenia Barth (14). Die Achtklässlerin fürchtet um die dritten Fremdsprachen wie Spanisch, die wegfallen sollen. „Ich habe Angst, dass die Kürzungen in der Bildung in den nächsten Jahren noch schlimmer werden“, sagte die Schülerin.

Von „Kürzungen an der Bildung“ will Lorz allerdings nichts wissen. Trotz sinkender Schülerzahlen auf dem Land würden keine Lehrerstellen gekürzt. Umverteilung lautet das Zauberwort, da der Bildungsetat für die Inklusion sowie die Ganztagsangebote keine Spielräume lasse. „Mehr als die Lehrerstellen im System zu lassen, ist angesichts der Haushaltslage nicht drin“, erklärte Lorz

den rund 40 Zuhörern. Immerhin habe sich die schwarz-grüne Landesregierung vorgenommen, bis 2019 die Schulden von 600 Millionen Euro im Jahr abzubauen. Außerdem gehörten viele Lehrerstunden, die Gymnasien jetzt abgeben müssten, zu auslaufenden Projekten, seien dementsprechend absehbar gewesen.

Angebot an die Schulen

Nichtsdestotrotz will Lorz Delegationen aller Schulen, die sich benachteiligt fühlen wie die Frankfurter Gymnasien, nach Wiesbaden zu Gesprächen mit Fachleuten einladen. Dabei soll herausgefunden werden, wo es kneift und ob Kürzungen etwa bei den Zusatzstunden für Deutsch und Mathe sowie für soziale Belange nachjustiert werden können. „Ich muss aber ehrlich sein: Jede Lehrer-

stelle, die wir verschieben werden, muss nachträglich woanders wegfallen“, sagte der Minister.

Schulleiter Hans-Ulrich Wyneken freute sich jedoch erst einmal über das Angebot von Alexander Lorz: „Ich hatte den Eindruck, dass ihm jetzt erst richtig bewusst worden ist, wie wichtig der Förderunterricht auch für ein Gymnasium mit seiner heterogenen Schülerschaft ist“, so der Schulleiter. „So wie es aussieht, ist ja doch noch ein wenig Bewegung drin.“ Er habe den Eindruck gehabt, das Kultusministerium werde noch einmal über die Kürzung der Zusatzstunden nachdenken. „Das wäre ein Erfolg“, so Wyneken.

Deshalb nannte der Schulleiter das Gespräch mit dem Kultusminister einen „ersten Hoffnungsschimmer“.

aus: FNP

Gescheitert: Hessische Landesregierung gibt Vorschläge des Bildungsgipfels dennoch nicht verloren

Kultusminister Lorz ist enttäuscht. Er hatte sich mehr erhofft vom Bildungsgipfel, den viele Teilnehmer als gescheitert ansehen. Und doch gibt es Ideen, an denen der Minister weiterarbeiten will

Die schwarz-grüne Regierungskoalition in Hessen will die Anregungen des Bildungsgipfels auch ohne offizielles Abschlussdokument weiterverfolgen. Trotz Uneinigkeit der Teilnehmer in Grundsatzfragen habe die Diskussion wichtige Ideen erbracht, sagte Kultusminister Alexander Lorz (CDU) in Wiesbaden. Deshalb gab es auch keinen Grund, die letzte Sitzung des Gipfels abzusagen. „Wir werden darüber beraten, was man mit den vorliegenden Ergebnissen macht, und dabei gerne weitere abschließende Hinweise aufnehmen.“

Mit Ausnahme des Philologenverbandes hätten bislang alle Beteiligten ihre Teilnahme angekündigt – auch diejenigen, die das Abschlusspapier verworfen und eine Unterschrift ausgeschlossen hätten. „Das zeigt, dass auch sie offenbar der Sitzung noch einen Wert beimessen.“ In dem Entwurf waren die Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen zusammengetragen worden.

Danach seien zwar einzelne Änderungsanträge eingereicht worden. Doch nachdem in den vergangenen Wochen Vertreter von Schülern, Lehrern und Eltern und die drei Oppositionsfraktionen erklärt hätten, dass sie nicht unterzeichnen, sei „die Sinnhaftigkeit fraglich, einzelne Änderungen noch zu diskutieren“.

Es habe beim Gipfel bedenkenswerte Anregungen zur Schulstruktur, zu Studien- und Berufsorientierung und Lehrerbildung gegeben, sagte Lorz. Weiter nannte er den „Pakt für den Nachmittag“ und die Ganztagsbetreuung. Die Koalition werde beraten, wie sie dies politisch umsetzen wolle, kündigte der Minister an. Man suche dabei auch weiter Verbündete.

Der seit September letzten Jahres laufende Bildungsgipfel habe eines seiner Ziele erreicht, nämlich Schulpraktiker miteinander ins Gespräch zu bringen und sich wertvolle Hinweise von ihnen zu holen. Die Arbeitsgruppen hätten gute, an der Sache orientierte Arbeit geleistet. Das andere Ziel sei gewesen, eine umfassende Verständigung über die Entwicklung des hessischen Schulsystems für die kommenden zehn Jahre zu finden. „Dieses Ziel hat sich als nicht erreichbar erwiesen.“

Für die Landesregierung und die Regierungsfaktionen sei der Gipfel „keine einfache Übung“ gewesen. Sie hätten mehrfach ihre Kompromissbereitschaft unter Beweis gestellt, andere hätten aber auf ihren Maximalforderungen bestanden. Für sich selbst sagte Lorz deshalb: „Ich will nicht leugnen, dass dieser Prozess auch mit Enttäuschungen verbunden war.“

Friedemann Kohler

„Elternwunsch nicht aufheben“ – Spannungsfeld Abitur Hessens Kultusminister Lorz wertet Bildungsgipfel als Erfolg

Seit neun Monaten tagen die Vertreter des Bildungsgipfels. Das Ziel: Für die kommenden zehn Jahre eine Richtung für die Schulpolitik festzulegen – wirklich konkret sind die Ideen bisher nicht. In drei Wochen soll das Papier stehen. Wir sprachen mit Kultusminister Alexander Lorz.

Herr Minister Lorz, wandern Sie gerne?

Prof. Alexander Lorz: Diese Frage hat mir noch niemand gestellt. Ehrlicherweise gehört das nicht zu meinen bevorzugten Sportarten.

Das sind schlechte Voraussetzungen: Denn der Weg zu einer Einigung beim Bildungsgipfel ist weit. Ist der schon gescheitert?

Lorz: (lacht). Nein, das ist er nicht. Für mich sind die Inhalte entscheidend und das, was dabei herauskommt. Insgesamt haben rund 200 Personen von Verbänden und Parteien neun Monate daran gearbeitet. Die Hinweise, die wir bekommen haben, sind sehr wertvoll. Für mich ist der Gipfel deshalb schon jetzt ein Erfolg.

Sie wollten einen Konsens mit allen Parteien erreichen. War die Idee nicht illusorisch?

Lorz: Es war ein Unterfangen, dem man nicht von Anfang an den Erfolg zuschreiben würde – gerade weil es in der Geschichte der Schulpolitik immer wieder Auseinandersetzungen gab. Ich kann den Konsens nicht erzwingen. Aber ich gebe die Hoffnung nicht auf.

Was könnte sich denn konkret für die Schulen demnächst ändern?

Lorz: Ich greife mir mal die Gestaltung von Schule heraus: Hier geht es zum Beispiel darum, heutige Haupt- und Realschulen zu einer Schule zusammenzuführen. Da gibt es verschiedene Modelle, wie man das im Detail machen kann. Das wäre schon ein größerer Umbau. Oder die Öffnung des Pakts für den Nachmittag

für gebundene Ganztagschulen. Sie merken schon, wenn ich die Themen durchgehe, sind überall konkrete Vorschläge erarbeitet worden.

Die Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW) setzt sich für ein längeres gemeinsames Lernen ein. Ist die Abschaffung der Hauptschule ein Schritt auf diesem Weg?

Lorz: Der vorliegende Vorschlag war ein erheblicher Schritt in Richtung der Anhänger des längeren gemeinsamen Lernens. Dies würde in den Klassen 5 und 6 einen gemeinsamen Unterricht bedeuten, in dem nach dem Leistungsniveau der Schüler differenziert wird.

Die GEW bemängelt auch, dass mehr Schüler das Gymnasium verlassen, also auf die Realschule wechseln, als in die umgekehrte Richtung. Wo setzen Sie dort an?

Lorz: In diesem Punkt haben wir auf dem Bildungsgipfel immer auf einen Vorschlag gewartet, auch von Seiten der GEW. Von denen, die jetzt Kritik üben, ist dazu aber nichts Konkretes eingebracht worden. Der Gipfel war nicht so gedacht, dass nur die Landesregierung Vorschläge macht und die anderen den Daumen heben oder senken.

Könnte diese Entwicklung daran liegen, dass viele Eltern die Leistungen ihrer Kinder nicht richtig einschätzen können. Gehen Sie das Thema Elternwunsch an?

Lorz: Den Elternwunsch aufzuheben steht nicht zur Debatte. Es gibt nicht nur das Abitur. Es gibt verschiedene Schulabschlüsse, mit denen man den Fähigkeiten der Schüler gerecht werden kann. Und berufliche und akademische Bildung sind gleichwertig. Es gibt also immer einen Weg, der weiter führt. Eine Botschaft ist mir in diesem Zusammenhang besonders wichtig: Die Kinder haben alle Chancen, auch wenn sie nicht auf das Gymnasium gehen.

Anderes Thema: Von 340 Stellen sind 23 in Nordhessen nicht besetzt. In ganz Hessen sind es 99 – teilweise sind die Stellen bis zu fünf Jahre vakant. Woran liegt das?

Lorz: Die Gründe sind unterschiedlich. Man muss aber sagen: Das ist im Verhältnis zur Gesamtzahl der Stellen keine ungewöhnliche Fluktuation. Bei den Verfahren, die schon länger als ein Jahr laufen, handelt es sich meistens um Konkurrentenverfahren, wenn ein Bewerber sich benachteiligt fühlt und deshalb klagt. Die Gesamtsituation ist nicht alarmierend. aus: teachers.de

Zur Person

Der gebürtige Nürnberger Alexander Lorz (49) ist seit 1984 CDU-Mitglied. Er studierte Jura und VWL. Nach der Promotion zum Dr. jur. (Kant und die Menschenrechte) habilitierte er an der Uni Mannheim. Lorz, ein Kind und in zweiter Ehe verheiratet, war Staatssekretär, bevor er am 18. Januar 2014 Kultusminister von Hessen wurde.

Hintergrund

Der Bildungsgipfel soll Ziele und Richtlinien für die Schulpolitik in Hessen für die nächsten zehn Jahre vorgeben. Seit September 2014 suchen Experten von Regierung, Parteien, Wirtschaft, Gewerkschaften, Kommunen und Kirchen Antworten auf die Herausforderungen im Problemfeld Schule. Mit am Tisch sitzen auch Vertreter von Schülern, Eltern und Lehrern. Geplant ist, noch vor den Sommerferien erste konkrete Ergebnisse zu folgenden Themenbereichen vorzulegen: Wie kann Schule bessere Chancengerechtigkeit bieten? Gibt es endlich mehr schulische Ganztagsangebote? Wie kann individuelle Förderung verbessert werden? Wo muss Schule besser auf Studium und Beruf vorbereiten? Wird die jetzige Lehrerbildung den Anforderungen gerecht?

Gutachten und Klage gegen Hessisches Besoldungsdiktat in Auftrag gegeben

Prof. Dr. Dr. Ulrich Battis erstellt Gutachten zur Einreichung einer Klage zur Beamtenbesoldung im Auftrag des dbb Hessen



Heini Schmitt, Prof. Dr. Dr. Ulrich Battis, Reinhold Petri

Der Landesvorstand ist der Überzeugung, dass die in der Koalitionsvereinbarung von Schwarz-Grün festgeschriebene Besoldungsnullrunde in 2015 und die Deckelung der Erhöhung um 1 Prozent in den Folgejahren dem grundgesetzlich garantierten Alimentationsprinzip widersprechen!

Prof. Battis hatte zuletzt erfolgreich die Klage i. S. stundenmäßiger Unterrichtsgarantie in Niedersachsen für den dbb geführt. Auch die Klageverfahren zur Beamtenbesoldung in Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen stammten aus seiner Feder. Er ist der renommierte Staats- und Verfassungsrechtler für den öffentlichen Dienst.

Um das Gutachten und das Klageverfahren auf den Weg zu bringen, haben die beiden stv. Landesvorsitzenden des dbb Hessen, Reinhold Petri und Heini Schmitt, im Auftrag des Landesvorstands am 10. September 2015 ein Gespräch mit Prof. Dr. Dr. Ulrich Battis in seiner Kanzlei in Berlin geführt.

Man kam schnell überein, dass die Hessische Landesregierung in evidenter Weise ihre Pflicht zur Begründung der Besoldungsvorgaben verletzte.

Mit Prof. Battis wurde vereinbart, dass er das Gutachten zur Einreichung einer Klage vorbereitet. Zwar werden die methodischen Festlegungen im Urteil des BVerfG v. 5. Mai 2015 nicht in Frage gestellt. Gleichwohl werden wir mit dem Gutachten neben der Feststellung des Verstoßes gegen die Begründungspflicht (s. o.) nachweisen, dass bei differenzierter Betrachtungsweise in vielen Fallkonstellationen (einzelne, spezifische Beamtenverhältnisse, Ämter und Funktionen) die verfassungsmäßig garantierte, amtsangemessene Alimentation nicht mehr gegeben ist. Auch familienbezogene Bezügebestandteile sollen in dem Gutachten zur Frage der verfassungsgemäßen Alimentation Berücksichtigung finden. Und letztlich wird auch die für Oktober erwartete Rechtsprechung zur A-Besoldung in das Gutachten einfließen.

Nach Fertigstellung des Gutachtens werden die Ergebnisse i. R. einer



Pressekonferenz des dbb Hessen der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Unabhängig vom Ausgang dieses Klageverfahrens stellt der Landesvorstand des dbb Hessen hier erneut fest, dass die hessischen Beamtinnen und Beamten im Bundesländer-Vergleich und im Vergleich mit der Entwicklung der Gehälter in der Privatwirtschaft völlig abgekoppelt sind. Die Landesregierung hat damit die letztmalige Chance, entscheidend nachzubessern und damit die Klage abzuwenden!

gez. Reinhold Petri, Heini Schmitt

Deutscher Lehrerverband zur Studie der Bertelsmann Stiftung

„Inklusion ist kein Selbstzweck“

„Es geht nicht um Quoten, sondern um das Kindeswohl“

Josef Kraus, Präsident des Deutschen Lehrerverbandes (DL), hat den Wert der aktuellen Studie der Bertelsmann-Stiftung zur Inklusion nachdrücklich in Frage gestellt.

Wörtlich sagte Kraus dazu:

„Die Bertelsmann Stiftung betreibt einmal mehr einen Zahlen- und Quoten-Fetischismus. Auf der Jagd nach hohen Inklusionsquoten wird nämlich übersehen, dass Inklusion kein Selbstzweck sein kann. Selbst die UN-Konvention zur Inklusion hebt in ihren Grundsätzen explizit auf das Kindeswohl ab.“

Gewiss geht es darum, Behinderte in Gesellschaft und Arbeitswelt zu inkludieren. Der Weg dorthin kann aber bei spezifischen Behinderungen nicht der Weg der schulischen Inklusion, sondern nur der der schulischen Differenzierung sein. Zum Beispiel hat Inklusion in eine bestimmte Schulform nur dann einen Sinn, wenn ein behindertes Kind wenigstens halbwegs erkennbar die Chance hat, den Bildungsabschluss dieser Schulform zu erreichen.

Ärgerlich am Zahlenpaket der Bertelsmann-Stiftung ist, dass implizit einmal mehr die großartigen Leistungen der Förderschulen in Deutsch-

land in den Schatten gestellt werden. Außerdem findet in vielen Fällen, in denen Schulen von Inklusion sprechen, Inklusion gar nicht statt, weil dann doch in zentralen Fächern differenziert wird.

Hohe Inklusions-Quoten sprechen nicht unbedingt für eine gut umgesetzte Inklusion, die allen Schülern ausreichende Förderung ermöglicht. Mehrere deutsche Länder haben ihre Inklusionsquoten nämlich vor-

schnell in die Höhe geschraubt und zahlreiche Förderschulen geschlossen, ohne eine ausreichende Infrastruktur in den Gebäuden, ausreichend allgemein unterrichtende und sonderpädagogische Lehrkräfte und ausreichend Assistenzkräfte an den Regelschulen zu haben.

Diese Länder sollten für ihr Sparverhalten nicht noch gelobt werden. Oft haben sie damit eine für zahlreiche Schüler mit und ohne Beein-

trächtigung für Eltern und Lehrkräfte schwierige Situation geschaffen.

Grundsätzlich muss sich die Bertelsmann-Stiftung die Frage stellen, ob sie mit ihren inflationär aufgelegten Quotenkolonnen der Bildungsdebatte in Deutschland nicht einen Bärenienst erweist. Je mehr nämlich um Quoten gerungen wird, desto mehr gerät die Debatte um Bildungsqualität in den Hintergrund.“

Studie zur Gemeinschaftsschule

Schwäbisches Himmelfahrtskommando

Ein Gutachten stellt dem Vorzeigeprojekt Gemeinschaftsschule ein vernichtendes Urteil aus. Vor allem das individuelle Lernen erweise sich als denkbar ineffektiv.

Von Heike Schmoll, Berlin

Die Gemeinschaftsschule ist das Vorzeigeprojekt der grün-roten Landesregierung in Stuttgart schlechthin. Sie soll nicht nur das gemeinsame Lernen ganz unterschiedlich begabter Schüler ermöglichen, sondern dient angesichts der sinkenden Schülerzahlen an vielen Orten des Flächenlandes Baden-Württemberg dazu, den Schulstandort zu sichern. Viele Gemeinschaftsschulen finden sich deshalb im ländlichen Raum, ganz gleich, welche Partei den Gemeinderat gerade regiert.

Nun wurde ein vernichtendes Gutachten über die Gemeinschaftsschule bekannt, das vom Kultusministerium bisher unter Verschluss gehalten wird, den Vermerk „nur intern verwenden“ trägt und der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vorliegt. Danach gelingt weder die neue Unterrichtsform des selbständigen Lernens mit Lehrern als Lernbegleitern noch die Inklusion oder die besondere Förderung der Schwächsten und Stärksten. Auch die Leistungsbeurteilung ist mehr als fragwürdig. In den Fremdsprachen kommt das Sprechen zu kurz.

Bei der untersuchten Geschwister-Scholl-Schule mit einem überaus engagierten Lehrerkollegium und viel Partizipation in Tübingen handelt es sich nicht um irgendeine Gemeinschaftsschule, sondern um eine renommierte, die von Kultusmi-

nister Andreas Stoch (SPD) gern als beispielhaft bezeichnet wird, denn dort hat man eigentlich Erfahrung mit integrativen Unterrichtsformen. Die 1972/73 gegründete Schule ist eine öffentliche Verbundschule, die unter ihrem Dach zunächst eine Hauptschule/Werkrealschule, eine Realschule und ein Gymnasium beherbergt. Vom Schuljahr 2009/10 an war sie als Schulversuchsmodell „Erweiterte Kooperation“ (Erko) geführt worden, das unter dem damaligen Kultusminister Helmut Rau (CDU) eingerichtet worden war. Die Geschwister-Scholl-Schule war also bestens vorbereitet, als die seiner-

zeit noch existierende Stabsstelle im SPD-regierten Kultusministerium ihr 2012 nahelegte, sich in eine Gemeinschaftsschule zu verwandeln. Die Schule beugte sich zögerlich, weil sie nicht den Eindruck erwecken wollte, ihren Standort in einer Universitätsstadt mit vier weiteren Gymnasien, einer Realschule und zwei weiteren Gemeinschaftsschulen retten zu wollen – denn sie ist etabliert. Während die Anmeldezahlen an den beiden anderen Gemeinschaftsschulen zum vergangenen Schuljahr 2014/15 erheblich zurückgingen, blieben sie in der Geschwister-Scholl-Schule stabil.



Unzufrieden: An der Geschwister-Scholl-Gemeinschaftsschule in Tübingen sind sich Lehrer und Schüler einig, dass im Unterricht zu wenig gearbeitet wird

Realschulen wollen kaum zur Gemeinschaftsschule werden

Die Schule reichte kurzerhand denselben Antrag wieder ein, der schon bei der Genehmigung des Schulversuchs Erfolg hatte. Der damalige Schulleiter Joachim Friedrichsdorf leitet die Schule auch heute. Denn die Gesamtleitung des Schulverbundes liegt beim Gymnasium, die Leitung der Gemeinschaftsschule hat die Stellvertreterfunktion inne. Friedrichsdorf tourt durch das Land und wirbt für das veränderte Lernen, wenn irgendwo eine Gemeinschaftsschule gegründet werden soll. Nach wie vor sind es vor allem Haupt- und Werkrealschulen, die zur Gemeinschaftsschule werden wollen. Realschulen sind nur in wenigen Fällen dabei.

Wirklich zusammengewachsen sind die Kollegien auch an der Geschwister-Scholl-Schule bis heute nicht, nur zwei Gymnasiallehrer gehören zum Kollegium der Gemeinschaftsschule, sieben unterrichten in beiden Schulformen. Über solche schulorganisatorischen Gefüge hat man sich so wenig Gedanken gemacht wie über das „kooperative Lernen“ (Lernen mit Partner und in Gruppen), das sogar vom Schulgesetz eingefordert wird und in Tübingen offenbar nicht einmal in Ansätzen erkennbar ist.

Lernzeiten werden nicht effektiv genutzt

Selbst einer der entschiedensten Befürworter aus der Bildungsforschung, der Tübinger Erziehungswissenschaftler Thorsten Bohl, kritisiert inzwischen, dass die Gemeinschaftsschule nicht gut aufgestellt sei. Es gebe überhaupt noch keine Forschungen zum individuellen Lernen und nicht einmal einheitliches Unterrichtsmaterial. Die Gemeinschaftsschule gehört also zu den bildungspolitischen Himmelfahrtskommandos, die überstürzt eingeführt wurden. Daran ändern auch die eilig verabreichten Lehrerfortbildungen durch den umstrittenen Schweizer Schulpraktiker Peter Frattin nichts. Immerhin hat das Stuttgarter Wissenschaftsministerium eine auf drei Jahre angelegte wissenschaftliche Begleitforschung etabliert, die Schwachstellen aufdecken soll. Federführend dafür verantwortlich ist die Universität Tübingen unter Leitung von Thorsten Bohl gemeinsam mit den Pädagogischen Hochschulen Freiburg, Heidelberg, Schwäbisch Gmünd und Weingarten.

Mitarbeiter des Lehrstuhls Bohl haben im Rahmen einer alltagsnahen Begleitforschung (in einer zweiten Tranche soll eine Längsschnittbefragung folgen) jetzt die Arbeit der Tübinger Vorzeigeschule unter die

Lupe genommen. Sie haben eine Inklusionsklasse mit 19 Schülern und eine weitere Lerngruppe mit 26 Schülern untersucht. Ausgerechnet das individuelle Lernen, das in der Gemeinschaftsschule bei den Kernfächern in zwei der vier Wochenstunden praktiziert werden soll, aber auch im Wahlpflichtbereich viel Raum einnimmt, hat sich als denkbar ineffektiv erwiesen.

In Englisch, Deutsch und Mathematik arbeiten die Schüler an der Geschwister-Scholl-Schule ausschließlich ihre sogenannten Lernpakete ab, das sind Wochenarbeitspläne mit einem konkreten Pensum, das bis zu einem bestimmten Zeitpunkt erledigt sein muss. Offenbar werden dafür auch Unterrichtsstunden genutzt, die eigentlich gar nicht für das individuelle Arbeiten vorgesehen waren. Sie machen sich weder Gedanken über ihre Arbeitsstrategie, noch nehmen sie sich ein konkretes Pensum vor. Auch die Lehrer unterstützen in den Arbeitsphasen wenig.

Die Schule hatte dieses Modell schon lange entwickelt, um den völlig unterschiedlichen Begabungen ihrer Schüler entgegenzukommen. Selten gibt es auch Aufgaben für die leistungsstarken Schüler, häufig sehen sie identische Aufgaben für die gesamte Lerngruppe vor. Dabei haben die motivierten und fortbil-

**WIR HÖREN NICHT AUF ZU HELFEN.
HÖREN SIE NICHT AUF ZU SPENDEN.**

Leben retten ist unser Dauerauftrag: 365 Tage im Jahr, 24 Stunden täglich, weltweit. Um in Kriegsgebieten oder nach Naturkatastrophen schnell und effektiv handeln zu können, brauchen wir Ihre Hilfe. Unterstützen Sie uns langfristig: Werden Sie Dauerspender.

www.aerzte-ohne-grenzen.de/dauerspender

Spendenkonto • Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE72 3702 0500 0009 7097 00 • BIC: BFSWDE33XXX



Südsudan +++ Flüchtlingslager Batil +++
Gandhi Pant (47) +++ Krankenpfleger aus
Australien +++ 2. Mission +++ 300 Patienten
pro Tag +++
© Nichole Sobacki

dungswilligen Lehrer in die Entwicklung der Lernpakete 121 Deputatsstunden im Gegenwert von 220.000 Euro investiert. Lehrerzentrierte, als besonders effektiv erwiesene Unterrichtsformen und Klassengespräche gibt es in Tübingen so gut wie nicht. Das Lerntagebuch, das die Schüler eigentlich über das Schuljahr hinweg führen sollen, um ihr eigenes Lernverhalten einzuschätzen, aber auch Rückmeldungen zu bekommen, dient in den meisten Fällen nur noch als Schülerkalender. Die Schüler finden es überflüssig.

Sowohl Schüler als auch Lehrer und Eltern „waren sich darüber einig, dass die Lernzeiten nicht effektiv genutzt werden und zu wenig gearbeitet würde“, heißt es in dem insgesamt 38 Seiten umfassenden sachlichen Beobachtungsbericht. Da das Lernen entweder im Gruppenraum, im Lernatelier oder gar auf dem Flur (angeblich nur für Schüler mit „Könner-Button“, was aber nicht kontrolliert wurde) stattfindet, mangelt es an Disziplin. Die aktive Lernzeit sei „sehr gering und in diesem Fall häufig auch das Ausmaß der Störungen entsprechend hoch“.

Positiv ist, dass die Eltern miteinbezogen werden

Während leistungsstärkere Schüler mit der Selbständigkeit gut umgehen können und auch Lernstrategien beherrschen, geraten die schwächeren noch mehr ins Hintertreffen als ohnehin schon. Den Lehrern fehlt der Überblick, welcher Schüler woran arbeitet, welche Fortschritte er macht und die Kontrolle der Ergebnisse kommt zu kurz. Wenn überhaupt, schauen die Lehrer nach Vollständigkeit, Orthographie, Grammatik und Seitenzahl, während „die inhaltliche Qualität der Schülerarbeiten hintangestellt wurde“. Und das an einer Schule, die derlei Lernmodelle schon seit langem praktiziert?

Fragwürdig ist in den Augen der Forscher auch die in Tübingen praktizierte Leistungsmessung. Schüler, deren Gesamtergebnis in der Klassenarbeit unter 40 Prozent liegt, können die Klassenarbeit in neu konzipierter Form wiederholen und das Ergebnis der schlechten Arbeit

ersetzen. Doch eigentlich verbietet die Notenbildungsverordnung, dass bereits benotete Leistungsergebnisse gestrichen oder ersetzt werden. So müssten also beide Noten in die Gesamtbewertung einfließen. Hinzu kommt, dass die Benotung in unterschiedlichen Niveaustufen nach Angaben der Forscher zu wenig individuell ist und sich mit den Anforderungen der Bildungsstandards für die drei Schularten Gymnasium, Realschule, Hauptschule nicht deckt. Es wird auf diese Weise zwar annähernd ein Leistungsstand in einem Fach in der Bewertung abgebildet, aber keine Lernentwicklung.

Für die Inklusionsklassen in jedem Jahrgang gibt es keine Vorstellungen und keine zentrale Koordination, und die Schulleitung fühlt sich unter den derzeitigen Bedingungen schlicht überfordert. Es fehle eine Konzeption, die Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten regelt, Schulbegleiter für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf werden kaum einbezogen. Insgesamt seien noch mehr Gymnasial-, Haupt- und Sonderschullehrer an der Gemeinschaftsschule nötig, um Schüler überhaupt ihren Leistungs-

voraussetzungen gemäß zu fördern. Mit anderen Worten: Der Unterrichtsalltag vollzieht sich mehr oder weniger ungeordnet, bei den Lehrern mit mehr „Klassenführungs-kompetenz“, wie die Forscher so schön schreiben, störungsärmer, bei anderen weniger.

Auch die von Grün-Rot angeprangerte frühe Schullaufbahnentscheidung, die durch die Gemeinschaftsschule überwunden werden sollte, ist durch die Hintertür wiedergekommen. Da Französisch nur noch von der 6. Klasse an unterrichtet wird (vorher in den Klassen 6 oder 7) und auf der Schiene mit Technik und Mensch und Umwelt liegt, müssen sich die Schüler doch schon früh entscheiden. Ein Teil der Schüler wird dann zusammen mit weiteren gymnasialen Kindern aus dem Schulverbund für drei Wochenstunden in Französisch unterrichtet, der Rest der Lerngruppen teilt sich in Technik und Mensch und Umwelt auf. Die Unruhe ist trotz der Doppelstundenstruktur unvermeidlich. Positiv wird notiert, dass die Eltern einbezogen werden und das Kollegium motiviert und kritikfähig sei.

aus: FAZ

Debatte entbrannt: Schwesig fordert späteren Unterrichtsbeginn – Lehrerverbände uneins

Der Druck auf die Schulen in Deutschland wächst, den Unterrichtsbeginn nach hinten zu verschieben. Jetzt hat sich auch Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) für einen späteren Schulstart ausgesprochen. „Viele Familien wünschen sich die Entschleunigung morgens“, sagte sie. Die Präsidentin des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbands (BLLV), Simone Fleischmann, griff den Vorschlag auf und will einen späteren Schulbeginn per Modellversuch erproben. Widerspruch kommt dagegen vom Philologenverband – und, pikanterweise, aus dem SPD-geführten Kultusministerium von Baden-Württemberg.

Anlass der Diskussion ist ein Vorstoß des Psychologie-Professors Till Roenneberg von der Ludwig-Maximilians-Universität München, der befand: „Das Schulsystem arbeitet gegen die Natur der Jugendlichen“ – Spätschläfer würden benachteiligt. Damit löste er eine breite Debatte aus. Nun meldete sich Schwesig zu Wort und gab dem Wissenschaftler aus Elternsicht Recht; sie schränkte aber ein: Für einen späteren Unterrichtsbeginn sei allerdings zunächst ein Wandel in der Wirtschaft nötig, denn: „Die Eltern sagen auch: Ein späterer Schulbeginn passt nicht zu unserer Arbeitswelt.“

Gleichwohl fordert BLLV-Chefin

Fleischmann nun ein Modellprojekt. „Wir haben durch die Ganztagschule eh eine veränderte Zeitstruktur“. Daher sei es durchaus vorstellbar, in einem Pilotprojekt erst um neun Uhr zu beginnen. Sie verwies auf Studien, nach denen ein späterer Schulbeginn vor allem für Jugendliche wegen deren Biorhythmus günstiger wäre. „Ich glaube, dass man gut daran täte, das kritisch zu reflektieren und vielleicht je nach Region, je nach Schulart und je nach Altersgruppe an einzelnen Standorten andere Beginn- und Schlusszeiten zu diskutieren“, sagte Fleischmann dem Hörfunksender.

Ein Modellversuch dürfe allerdings nicht von oben verordnet sein und müsse anschließend überprüft werden. Außerdem müssten die organisatorischen Voraussetzungen geschaffen werden, etwa durch Frühbetreuung für Kinder berufstätiger Eltern. „Vielleicht kann sich ja im Rahmen von Ganztagsgrundschulen ein interessantes Modell ergeben: Von 7.00 bis 9.00 Uhr ist eine Ankommensphase, von 9.00 bis 15.00 Uhr eine rhythmisierte Arbeitsphase und anschließend eine Nachbetreuung, die stark in Richtung erlebnispädagogische Elemente geht

– so könnte man Ganztagschule neu denken“, sagt Fleischmann.

Heinz-Peter Meidinger, Vorsitzender des Deutschen Philologenverbands, meint hingegen, dass die Nachteile eines späteren Unterrichtsbeginns viel größer seien als die Vorteile. „Aufgrund der engen Koppelung von beruflichen Arbeitszeiten und Schulbeginn, der Taktung der Schulbusse und insbesondere der Tatsache, dass ein späterer Unterrichtsbeginn zwangsläufig zu permanentem Nachmittagsunterricht führen werde, gibt es in Deutschland keine Realisierungschance auf absehbare Zeit. Es gibt auch kein anderes europäisches Land, in dem die Schule überwiegend erst um 9 Uhr beginnt“, betont der Verbandschef.

Meidinger zeigt sich sicher, wenn Eltern und Schüler die Wahl zwischen den Belastungen eines permanenten Nachmittagsunterrichts und eines früheren Schulbeginns hätten, würden sie die jetzigen Schulbeginnzeiten bevorzugen. Augenzwinkernd weist der Verbandsvorsitzende darauf hin, dass es für gähnende Schüler im Unterricht verschiedene Ursachen geben könne: „Das mag manchmal der abwei-

chende Biorhythmus sein, ab und zu einmal wenig motivierender Unterrichtsstoff, häufig jedoch auch ein Freizeitverhalten, zu dem nicht selten spätes Nach-Hause-Kommen oder sogar mitternächtliche LAN-Partys gehören.“

Auch aus Baden-Württemberg kommt Widerspruch – ausgerechnet von Schwesigs Parteifreund, Kultusminister Andreas Stoch (SPD). Er sieht im Gegensatz zur Bundesfamilienministerin aktuell „keinen Anlass“ für einen späteren Unterrichtsbeginn. „Es gibt ja auch gute Gründe dafür, warum das so ist wie es ist“, sagte Stoch. Auch viele Eltern fingen recht früh mit der Arbeit an. Mit einer späteren Startzeit für die Schüler würde sich für viele Eltern die Frage der Betreuung ihrer Kinder am Morgen stellen. Dem wiederum entgegen die familienpolitische Sprecherin der Grünen im Bundestag, Franziska Brantner: „An Ganztagschulen wäre zum Beispiel auch ein früher beginnendes, flexibles Betreuungsangebot für Kinder denkbar, das nicht gleich eine hohe Konzentrationsfähigkeit erfordert.“

aus: teachersnews.de

Finnlands Pisa-Wunder entpuppt sich als Irrtum

Finnlands Schulen gelten seit der ersten Pisa-Studie für Deutschland als Vorbild. Doch das ist eine Illusion. Jetzt stellt sich heraus: Der Erfolg beruhte doch auf Strenge statt auf modernen Methoden.

Von Thomas Sebastian Vitzthum

Alle waren sie da. Gleich nachdem das Wunder geschehen war, kamen sie. Die Bildungsexperten, Bildungspolitiker, Bildungserklärer und Bildungsverkärer. Heerscharen. Alle Parteien und Verbände. Sie alle sind in den letzten 15 Jahren mindestens einmal nach Finnland gereist. Das gehörte sich so, seitdem das Land in der ersten OECD-Bildungsstudie Pisa des Jahres 2000 den Spitzenplatz eingenommen und sich Deutschland tief im dunklen Mittelfeld wiedergefunden hatte.

Die Abordnungen besuchten also die von staatlichen Vorgaben weitgehend unabhängigen Schulen, die

so Wundersames vollbracht hatten. In denen es angeblich so gerecht, so heimelig und egalitär zugeht. Wo Lehrer sich nicht vorne an die Tafel stellen und referieren, während die Schüler protokollieren. Sondern wo die Pädagogen sich als Organisatoren von Gruppenarbeit verstehen, die Schüler anregen von anderen Schülern zu lernen und wenig Hausaufgaben vergeben.

Die schöne neue Schulwelt wurde bewundert und kopiert, weil sie in das Gesellschaftsbild vieler Parteien passte, dem Zeitgeist entsprach und sogar erfolgreich schien. „Wir Grünen wollen Schulen nach finnischem

Vorbild schaffen. Wir nennen dieses Modell Neue Schule.“ Dieser Satz stammt aus dem Wahlprogramm der niedersächsischen Grünen 2010. Heute regiert die Partei in dem Bundesland und nicht nur dort.

Lernerfolg schwindet wundersamerweise

Doch die Grünen, wie alle übrigen, sind einem Trugbild erlegen. Das finnische Wunder ist nicht von Dauer. Vieles deutet darauf hin, dass die Ursachen, die zu diesem Wunder führten, ganz andere waren, als die, von denen seit mehr als einem Jahrzehnt die Rede ist. Die Anerkennung der

wahren Gründe müsste eigentlich einen Schock bewirken, wie ihn Pisa hierzulande ausgelöst hatte.

„Vergleicht man die Pisa-Ergebnisse Finnlands der Jahre 2003 und 2012 dann sieht man, dass das Land 25 Punkte eingebüßt hat. Das entspricht dem Lernerfolg eines ganzen Schuljahrs“, sagt Christine Sälzer, nationale Pisa-Koordinatorin von der TU München. Ein ähnliches Bild ergibt sich für die Mathematik. Zwar liegt Finnland damit noch immer über dem OECD-Durchschnitt, die Fallhöhe ist jedoch bemerkenswert.

Gabriel Heller Sahlgren von der London School of Economics hat den Niedergang des finnischen Bildungswunders untersucht. Im April dieses Jahres veröffentlichte er seine Erkenntnisse beim Centre for Policy Studies. Sahlgren zeigt, dass das finnische Schulsystem zum Zeitpunkt seines großen Pisa-Erfolgs von Früchten zehrte, die lange zuvor unter ganz anderen Bedingungen gesät wurden. Heute erscheint das System als eines, das auf den Schüler fokussiert und den Lehrer als Lern-Koordinator sieht. „Pädagogik in Finnland denkt Schule vom Kind aus“, heißt es nicht von ungefähr in dem Wahlauftrag der Grünen.

Doch die Wahrheit ist, dass dieses System erst in den 90er-Jahren eingeführt wurde. Bis dahin war der Frontalunterricht mit einer starken autoritären Stellung des Lehrers maßgebliches Prinzip. „Historisch waren finnische Schulen vergleichsweise hierarchisch aufgebaute Institutionen, die eine Kultur des Gehorsams und der Autorität reflektierten, die in der finnischen Gesellschaft viel länger maßgeblich war als in anderen nordeuropäischen Ländern“, schreibt Sahlgren.

In keinem Land gehen Schüler so ungern zur Schule

Finnlands Lehrer genießen in Umfragen noch heute enorme Anerkennung in der Bevölkerung. Das liegt auch daran, dass nur die besten eines Jahrgangs Lehrer werden dürfen. Gleichzeitig zeigen Studien vergangener Jahrzehnte, dass diese Anerkennung nichts mit Sympathie für die Pädagogen zu tun hat. Sehr



Von der Geschichte verwöhnt: In Finnland haben Schulen jahrelang davon profitiert, dass Lehrer besonders autoritär waren. Foto: picture alliance/Ton Koene

viele Schüler beschreiben ihre Lehrer bis weit in die 90er-Jahre hinein als unnahbar und wenig empathisch. Anfang 2007 – mitten in Finnlands Pisa-Hochphase – berichtete ein Unicef-Report, dass in keinem anderen Land Kinder weniger gern zur Schule gehen. Damals hatte man dafür keine Erklärung. Denn es konterkarierte das vorherrschende Bild. Kalkuliert man jedoch ein, dass dieses System und seine aktuellen Lehrformen nicht unbedingt etwas mit dem Schulklima, das über Jahrzehnte entsteht und der entscheidenden Rolle des Lehrers zu tun haben, wird das Ergebnis plausibel. Die Schüler nahmen Schule und Lehrer offenbar noch immer als autoritär und dominierend wahr. Erst seit der Jahrtausendwende änderte sich dies, das beweisen Studien. Gleichzeitig ging die Leistung der Schüler zurück.

Bereits 1991, als das alte zentralisierte, staatlich organisierte Schulsystem gerade mehr oder minder abgeschafft war, übertrafen finnische 14-Jährige ihre Klassenkameraden in allen anderen Ländern laut einer Untersuchung bei der Lesekompetenz. Genau dieses Ergebnis wiederholten sie neun Jahre später bei Pisa 2000 in der gleichen Disziplin. Dagegen fielen sie bei Pisa 2012 beim Lesen weit zurück. Offenbar griffen im jüngsten Pisa-Jahrgang die Reformen, die in den 90ern angestoßen wurden und sie waren

nicht zum Vorteil der Leistungsfähigkeit.

Finnland reformiert sein „Erfolgsmodell“

„Wir sprechen in der Bildungsforschung davon, dass es mindestens zehn bis 15 Jahre dauert, bis Veränderungen sichtbar werden“, sagt Sälzer. Die Erfolge waren dem Nachwirken des alten Systems geschuldet. Dennoch taten alle so, als hätte es in Finnland nie ein anderes als das sichtbare Schulsystem gegeben. Nach den Erfolgen zu Beginn des Jahrtausends habe das finnische Modell auch auf Konferenzen größte Aufmerksamkeit erregt, sagt Sälzer. „Man pilgerte zu den Referenten aus Finnland.“ Mit Unverständnis reagierten die Forscher, als Finnland plötzlich sein scheinbar so hervorragendes System reformierte. „Gerade das längere gemeinsame Lernen wurde wieder aufgebrochen. Für Förderschüler wurden Spezialklassen eingerichtet.“

Das längere gemeinsame Lernen elektrisierte auch die Bildungspolitik und Bildungsforschung in Deutschland. Es wurde zum Ideal, das scheinbar gute Leistungen garantiert, ohne die Schüler auf verschiedene Schulsysteme aufzuteilen. In Finnland lernen die Schüler bis zur neunten Klasse gemeinsam. Danach wird über einen akademischen oder beruflichen Weg entschieden. Die Schulen genießen dabei hohe Auto-

nomie. Ähnlich wurden die deutschen Gesamt- und Gemeinschaftsschulen konstruiert. „Diese Schulen sind ein Ergebnis der finnischen Erfahrung“, sagt Sälzer.

Auch andere kopierten Finnland, Schweden etwa. „An den schwedischen Erfahrungen sieht man, wie gefährlich es ist, kausale und dann auch noch monokausale Schlussfolgerungen aus dem Pisa-Erfolg eines anderen Landes zu ziehen“, sagt Sälzer. Schweden hielt die Autonomie der Schulen für den entscheidenden Indikator für erfolgreiche Bildungssysteme.

Seither müssen schwedische Schulen um Schüler aktiv werben. Die Folge war, dass ein Run auf gute Schulen einsetzte und schlechte noch schlechter dastanden. Zudem fand eine starke soziale Segregation statt. Die Leistung der Schweden wurde gleichzeitig mitnichten besser, weil viele Schulen damit für sich warben, besonders viele gute Noten und Abschlüsse zu vergeben. Dies drückte zwangsläufig das Niveau nach unten.

Schlechtere Leistung – glücklichere Schüler?

Eine solche Situation ist in Deutschland mittlerweile ebenfalls vorher-

sehbar. Hier konkurrieren zwar weniger Schulen des gleichen Typs miteinander, allerdings konstruiert die Politik eine Konkurrenz zwischen Gymnasium und Sekundarschule. Beide sollen im Idealfall ein Abitur ermöglichen. Die Sekundarschule aber wirbt mit der Möglichkeit weiterer Abschlüsse, einem zusätzlichen Schuljahr und, Finnland lässt grüßen, dem längeren gemeinsamen Lernen.

Der finnische Erfolg im ersten Pisa-Jahrzehnt ist gleichwohl keine Chimäre. Er ist real. Ebenso real wie der Erfolg der asiatischen Staaten. Doch die waren aufgrund ihres auf Drill und Druck fußenden Systems zur Nachahmung schlicht ungeeignet. Auch deshalb wurde Finnland das Sehnsuchtsland europäischer Bildungsfans. Dabei haben oder besser hatten die Finnen und die Asiaten doch mehr gemein, als man glauben könnte. Autorität, Druck und Frontalunterricht – die Rezepte Chinas, Japans, Singapurs – waren den Finnen, deren Lehrer ja nicht plötzlich pensioniert wurden, bis in die 2000er-Jahre vertraut.

Ihre Bewunderer konnten dies nach Pisa aber nicht mehr besichtigen, dazu hätten sie genauer hinsehen, die Charaktere von Lehrern und Schülern genauer studieren müs-

sen. Oberflächlich präsentierte sich das System ganz anders – frei, anti-autoritär und an Gruppenarbeit orientiert. Die Besucher hatten sich ein Schulsystem zeigen lassen, dessen Effekte auf die Leistungsfähigkeit die Finnen selbst noch nicht absehen konnten und vor denen sie heute erschrecken. Möglicherweise hat Stolz die Kritikfähigkeit der Finnen ebenso vernebelt wie Bewunderung die Urteilkraft ihrer Gäste.

Was heißt das nun? Zurück zur autoritären Schule? Zum strafenden Lehrer? Schluss mit Gruppenarbeit und Gemeinschaftsschule? Finnland hatte die Reformen, die eine Abkehr von seinem leistungsfähigen Schulsystems bedeuteten, natürlich nicht unternommen, um schlechter zu werden, sondern zeitgemäßer. Denn schulische Erziehung ist eben auch Spiegel gesellschaftlicher Verhältnisse.

In egal welcher Umfrage sagen Eltern heute, dass ihnen das Leistungsprinzip nicht so wichtig sei wie Spaß am Lernen. Das Beispiel Finnlands lehrt, dass beides vielleicht nicht geht: Spaß an der Schule und Topleistungen. Insofern könnte es gut sein, dass Finnlands Schüler heute zwar schlechter, aber dafür glücklicher sind.



DER WILLE VERSETZT BERGE. BESONDERS DER LETZTE.

Ein Vermächtnis zugunsten von **ÄRZTE OHNE GRENZEN** kann für viele Menschen einen ersten Schritt in ein neues Leben bedeuten.

Sie möchten sich über das eigene Leben hinaus engagieren wie Alice und Ellen Kessler? Gerne schicken wir Ihnen unsere Broschüre „**Ein Vermächtnis für das Leben**“.

Wir beraten Sie gerne. Ihre persönliche Ansprechpartnerin Verena Schäfer erreichen Sie unter **030 - 700 130 148**.
ÄRZTE OHNE GRENZEN e.V., Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin

www.aerzte-ohne-grenzen.de



Funktionstätigkeiten bei in Teilzeit beschäftigten Lehrern

Teilzeitbeschäftigte dürfen nur entsprechend ihrer Teilzeitquote zur Dienstleistung herangezogen werden. Deshalb muss der Teilzeitquote bei Übertragung von Funktionstätigkeiten Rechnung getragen werden oder ein zeitlicher Ausgleich durch entsprechend geringere Heranziehung zu anderen Aufgaben erfolgen. Das hat das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig heute entschieden.

Die Klägerin ist als Oberstudienrätin (Besoldungsgruppe A 14) an einem Gymnasium in Niedersachsen mit einer Pflichtstundenzahl von 13/23,5 Wochenstunden teilzeitbeschäftigt. Mit dem Amt eines Oberstudienrats ist in Niedersachsen stets die Verpflichtung zur Übernahme einer Funktionstätigkeit verbunden, d. h. einer dauerhaften, nicht unmittelbar unterrichtsbezogenen schulischen Verwaltungsaufgabe (Beispiele: Leitung der Schulbibliothek, Organisation des Schüleraustauschs).

Den Antrag der Klägerin auf Reduzierung der Funktionstätigkeit entsprechend ihrer Teilzeitquote, hilfsweise auf Gewährung von Zeitausgleich bzw. einer zusätzlichen Vergütung hat die beklagte Landesschulbehörde unter Verweis auf die niedersächsische Erlasslage abgelehnt. Die von der Klägerin hiergegen erhobene Klage ist erst- und zweitinstanzlich erfolglos geblieben. Das Oberverwaltungsgericht hat im Wesentlichen darauf abgestellt, dass die einem Oberstudienrat auferlegte zusätzliche Funktionstätigkeit dem Bereich der außerunterrichtlichen Tätigkeit zuzurechnen sei, der pauschal von der wöchentlichen Pflichtstundenzahl erfasst sei und daher nicht zur Erhöhung der Gesamtarbeitszeit führe. Eine gleichheitswidrige Benachteiligung der Klägerin gegenüber vollzeitbeschäftigten A 14-Lehrkräften liege nicht vor, da der maßgebliche Teilzeitbeschäftigungserlass Möglichkeiten vorsehe, die Mehrbelastung hinreichend auszugleichen.

Das Bundesverwaltungsgericht hat die Sache an das Oberverwaltungsgericht zurückverwiesen. Es hat zur Begründung insbesondere ausgeführt: Der allgemeine Gleichheitssatz, Art. 3 GG, und Unionsrecht verlangen gleichermaßen, in Teilzeit Beschäftigte nur entsprechend ihrer Teilzeitquote zur Dienstleistung heranzuziehen. Deshalb dürfen teilzeitbeschäftigte Lehrer in der Summe ihrer Tätigkeiten (Unterricht, Vor- und Nachbereitung des Unterrichts, Teilnahme an Klassen- und Schulkonferenzen, Elterngespräche, Vertretungsstunden etc., aber auch Funktionstätigkeiten) nur entsprechend ihrer Teilzeitquote zur Dienstleistung herangezogen werden. Das bedeutet, dass der Teilzeitquote bei der Übertragung von Funktionstätigkeiten Rechnung getragen werden oder ein zeitlicher Ausgleich durch

entsprechend geringere Heranziehung zu anderen Aufgaben (z. B. keine oder weniger Vertretungsstunden) erfolgen muss. Weil das Oberverwaltungsgericht keine hinreichenden tatsächlichen Feststellungen dazu getroffen hat, ob die Klägerin in der Summe entsprechend ihrer Teilzeitquote oder hierüber hinausgehend zur Dienstleistung herangezogen wurde und wird, war die Sache an das Oberverwaltungsgericht zurückzuverweisen.

BVerwG 2 C 16.14 – Urteil vom 16. Juli 2015

Vorinstanzen:

OVG Lüneburg 5 LC 269/09 – Urteil vom 13. Dezember 2011

VG Lüneburg 1 A 243/06 – Urteil vom 27. August 2009



Stück

für Stück ...

bauen Sie mit uns an einer Zukunft, in der Alzheimer geheilt werden kann. Möchten Sie weitere Informationen? Schreiben oder rufen Sie uns an unter:

Tel. 0800 / 200 400 1 (gebührenfrei)

Bitte senden Sie mir folgendes Informationsmaterial:

- Über die Alzheimer-Krankheit
- Über eine Fördermitgliedschaft
- Über eine Forschungspatenschaft

Name _____

Vorname _____

Straße, Hausnr. _____

PLZ, Ort _____



Alzheimer Forschung
Initiative e.V.

Kreuzstr. 34 · 40210 Düsseldorf
www.alzheimer-forschung.de

Unser Spendenkonto:
Kto.: 80 63 400 · BLZ 370 205 00
Bank für Sozialwirtschaft Köln



Verband der Lehrer Hessen

BEITRITTSERKLÄRUNG

Ich unterstütze meine eigenen Interessen und erkläre meinen Beitritt zum VDL Hessen. Im Monatsbeitrag sind der Bezug von „VDL informiert“ und weitere Zusendungen eingeschlossen. Der VDL gewährt seinen Mitgliedern kostenlos Rechtsberatung, bei Bedarf auch durch den Justitiar des Deutschen Beamtenbundes sowie Rechtsschutz bei dienstlichen Streitverfahren.

Im Beitrag sind ebenfalls enthalten eine Diensthaftpflichtversicherung bei der DBV und eine Schlüsselversicherung.

Name: _____ Vorname: _____

Geburtstag: _____ Bezugswunsch: „Realschule in Deutschland“

Straße: _____ „Praxis Grundschule“

PLZ: _____ Ort: _____ E-Mail: _____

Telefon privat: _____ dienstlich: _____

Amtsbezeichnung: _____ Besoldungsgruppe: _____

Vertretene Fächer: _____ Teilzeit: ½; ⅔; ... Wochen-Stunden _____

Dienststelle: _____ Studienseminar: _____

Straße: _____

PLZ: _____ Ort: _____

Schulform: _____

Eintritt in den VDL ab: _____ Beitrag pro Monat: A10/A11 € 11,-; A12/A13/A14 € 12,-; A15/A16 € 13,-
Referendare € 4,-; Pensionäre € 7,-; Teilzeitbeschäftigte € 9,- bzw. € 10,50

Mit meiner Unterschrift erkläre ich mich damit einverstanden, dass der VDL meine Daten im Rahmen der BDSG automatisiert speichert, verarbeitet und diese verbandsintern nutzt.

_____ den _____

Unterschrift

SEPA-Lastschriftmandat: **Verband der Lehrer Hessen**
Kobbachstraße 41, 60433 Frankfurt am Main
Gläubiger-Identifikationsnummer: DE 34VDL00001095360

Mandatsreferenz: _____
Vom Zahlungsempfänger auszufüllen

Kreditinstitut: _____

BIC: _____ IBAN: _____

_____ den _____

Unterschrift der/des Kontobevollmächtigten

Geworben von: _____

Senden Sie die Beitrittserklärung an:
Verband der Lehrer, Geschäftsstelle, Kobbachstraße 41, 60433 Frankfurt am Main